

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Kurt Sontheimer
Die Bundesrepublik aus der
Perspektive linker Theorie

Ossip K. Flechtheim
Extremismus
und Radikalismus
Eine Kontraststudie

B 6/76

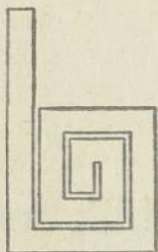
7. Februar 1976

Kurt Sontheimer, Dr. phil., geb. 1928 in Gernsbach/Baden; von 1962 bis 1969 Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, seit 1969 am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München.

Veröffentlichungen u. a.: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 1968²; Deutschland zwischen Demokratie und Antidemokratie, Studien zum politischen Bewußtsein der Deutschen, München 1971; Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 1976⁵; Die DDR — Politik, Gesellschaft, Wirtschaft (mit W. Bleek), 1975⁴.

Ossip K. Flechtheim, Dr. iur., Dr. phil., geb. 1909 in Nikolajew (Rußland), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Freiburg/Br., Paris, Heidelberg, Berlin und Köln; Dr. iur. 1931, bis 1933 Referendar; 1933 Entlassung aus politischen und „rassischen“ Gründen, 1935 Verhaftung und Emigration; 1935 bis 1939 Studium in Genf; 1939 bis 1946, 1947 bis 1951 Dozent und Professor an verschiedenen amerikanischen Hochschulen; 1946/47 Sektionschef beim US-Hauptankläger für Kriegsverbrechen in Nürnberg; 1947 Dr. phil. in Heidelberg; 1952 bis 1959 Professor an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, 1959 außerordentlicher, seit 1961 ordentlicher Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Freien Universität Berlin, em. 1974.

Neuere Veröffentlichungen: Die KPD in der Weimarer Republik, 1971²; Dokumente zur parteipol. Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9 Bde., 1962—1971; Eine Welt oder keine?, 1964; Weltkommunismus im Wandel, 1965; History and Futurology, 1966; Futurologie — Der Kampf um die Zukunft, 1971²; Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, 1973; Zeitgeschichte und Zukunftspolitik, 1974; Ausblick in die Gegenwart, 1974; Hegels Strafrechtstheorie, Berlin 1975².



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Bundesrepublik aus der Perspektive linker Theorie

1. Der Staat und die politischen Institutionen

Es gehört zu den Grundüberzeugungen der linken Theorie, daß Politik und Ökonomie nicht auseinanderdividiert werden dürfen. Wenn auch die Politik in ihren Institutionen, angefangen beim Staat über die politischen Parteien bis hin zu den politisch Einfluß nehmenden Interessenverbänden der Gesellschaft, von den Produktionsstätten und anderen Einrichtungen des Wirtschaftslebens formal losgelöst erscheint, so ist diese Trennung eben nur formal und nicht real, bloßer Schein also, dem auch der übliche Zusatz „real“ nichts von seinem Schein-Charakter nimmt. Daraus folgt, daß alle politischen Institutionen auf ihre ökonomische Basis zurückgeführt werden müssen.

Nun hat auch die von den Marxisten als „bürgerlich“ bezeichnete Politikwissenschaft und Soziologie nie bestritten, daß zwischen Politik und Wirtschaft, Staat und Gesellschaft wirksame Zusammenhänge (Interdependenzen) bestehen, aber sie hält mehr davon, die jeweils bestehenden Zusammenhänge und Vermittlungen empirisch zu erforschen, als durch Theorieformeln wie die von der bestimmenden Macht des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs etc. das Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchung vorwegzunehmen. Sie ist aufgrund ihrer Studien auch der Auffassung, daß es, ungeachtet bestehender, in den politischen Willensbildungsprozessen direkt institutionalisierter Verbindungsglieder zwischen Staat und Gesellschaft, ein relatives Eigengewicht, eine gewisse Eigendynamik sowie eine begrenzte Autonomie sozialer und politischer Institutionen gibt, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, solche Institutionen, wie z. B. Parlamente, politische Parteien, Verfassungsgerichte, unter Berücksichtigung ihres Beziehungsfeldes für sich zu untersuchen. Dies erscheint zumindest sinnvoller als die einfache Übernahme von empirisch in der Regel nicht ausgewiesenen pauschalen theoretischen Kategorien, sei es die „Herrschaft des Kapitals“ oder der sich durchsetzende „Verwertungsprozeß“ etc., mit

Es handelt sich um den Vorabdruck eines Kapitels aus dem Buch: *Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik, das im Frühjahr 1976 im Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, erscheinen wird.*

denen in der politökonomischen Theorie das Verhalten solcher Institutionen meist erklärt wird.

„Staatstheorie“

Zwar hat der Staat als Institution das besondere Interesse der linken Theoretiker gefunden, die sich mit großem Eifer auf die „Ableitung“ des Staates und seiner Funktionen aus der marxistischen Theorie stürzten, aber der spezifische Blickwinkel solcher „Ableitungen“ war, ungeachtet aller Unterschiede im einzelnen, immer nur die Frage nach dem Nutzen des Staates oder anderer politischer Institutionen für bestimmte Gruppen bzw. Klassen der Gesellschaft. Damit war natürlich das Hauptergebnis dieser Theoriespiele bereits vorweggenommen: Der Staat der kapitalistisch organisierten Gesellschaft nützt dem Kapital, er ist Staat der herrschenden Klasse etc. Als seine Hauptfunktionen erscheinen in dieser Perspektive nicht die aus der Allgemeinen Staatslehre bekannten staatlichen Aufgaben wie Schutz von Recht und Ordnung für alle Bürger, Sicherung und Ausbau der ihnen zustehenden Grundrechte und Freiheiten sowie Leistungen sozialer Daseinsvorsorge, sondern ausschließlich „Gewährleistungen“ für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise: Der „bürgerliche Staat“, so lesen wir, gewährleistet die allgemeinen formellen und materiellen Bedingungen der Produktion und Zirkulation, er gewährleistet das Kapitalverhältnis durch Regelung der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital, er gewährleistet (soweit er kann) den krisenfreien Akkumulationsprozeß des Kapitals, und er gewährleistet schließlich die Entwicklungsbedingungen des nationalen Gesamtkapitals in seiner Konkurrenz mit den nationalen Kapitalinteressen anderer Länder¹⁾.

Unter diese „Gewährleistungen“ lassen sich alle staatlichen Tätigkeitsbereiche mit ihren entsprechenden Institutionen subsumieren: das Parteiensystem, sämtliche Maßnahmen der Exekutive und Legislative, die gesamte Rechtsordnung, die Außenpolitik. Daher erklärt es sich wohl, daß die in den „bürgerli-

¹⁾ K. P. Tudyka, *Kritische Politikwissenschaft*, Stuttgart 1973, S. 49/50.

chen" Gesellschaftswissenschaften sonst im Vordergrund stehende Analyse von Institutionen und Entscheidungsprozessen, geschweige denn empirische Untersuchungen über die Frage, wie sich die Interessen des Kapitals durch und über die politischen Institutionen konkret vermitteln, von den Sachwaltern der neuen Theorie höchst spärlich angeboten werden, obwohl sie so viel Literatur über den Staat produzieren. Die Analyse der politischen Institutionen reduziert sich in dieser Optik auf ihre den Kapitalverwertungsprozeß „gewährleistenden“ Funktionen. Die durchaus vorhandenen Differenzen in der neomarxistischen „Staatstheorie“ „betreffen nicht das grundlegende Wirklichkeitsbild des Staates als eines ganz und gar durch die Ökonomie bestimmten Systems, sondern vielmehr die Formen der Auswirkung dieser Determination im spezifischen Handlungsfeld des Staates, der Politik“²⁾).

Jede aus der Perspektive der marxistischen oder neomarxistischen Theorie unternommene Darstellung des Staates der Bundesrepublik, seiner Institutionen und seiner politischen Prozeßabläufe ist darauf abgerichtet, die Abhängigkeit staatlichen Handelns vom kapitalistischen Produktionsprozeß „nachzuweisen“. Dabei ist es, wie z. B. in der neueren Theorie vom „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“, durchaus möglich, dem Staat und seinen Organen eine begrenzte Autonomie des Handelns zuzugestehen, also von der These, der Staat sei durchgängiges *Instrument* der herrschenden Klasse, etwas abzurücken, aber auch dieser scheinbar selbständig handelnde Staat erweist sich an die vom kapitalistischen oder spätkapitalistischen System ausgehenden Imperative gebunden und kann unmöglich über sie hinweggehen. „Nur der Systemzwang privatkapitalistischer Produktionsverhältnisse schreibt den Parteivorständen und Regierungen die Grenzen vor, die nicht überschritten werden dürfen. Insofern ist die Macht der Regierungsparteien von einer Gewalt kontrolliert und beschränkt, die im klassischen Schema der Gewaltenteilung nicht vorgesehen, die auch mit dem bürgerlichen Demokratie-Ideal nicht zu vereinbaren ist.“³⁾

Verlautbarungen diesen Charakters finden sich in Hülle und Fülle in den politökonomischen Analysen der politischen Institutionen

²⁾ B. Guggenberger, Wem nützt der Staat?. Kritik der neomarxistischen Staatstheorie, Stuttgart 1974, S. 57.

³⁾ H. See, Volkspartei im Klassenstaat oder Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie. Mit einem Nachwort von W. Abendroth, Hamburg 1972, S. 42.

von Staaten, die wie die Bundesrepublik eine kapitalistisch organisierte Wirtschaftsstruktur aufweisen: Überall hat das Kapital dem Staat seine Grenzen gezogen, überall unterwirft es die Politik seinen Restriktionen, überall setzt es die politischen Institutionen unter wirksamen Druck, die Interessen des Kapitals zu vertreten. Man kann diese pauschalen Erklärungen auf sich beruhen lassen, da sie zu jener Art von Mystifikationen gehören, die, weil sie alles zu erklären vermeinen, in Wahrheit nichts mehr von dem erklären, was empirisch sich vollzieht. Geistreicher und interessanter sind dagegen die theoretischen Versuche, die prinzipielle ökonomische Bedingtheit des Handelns politischer Institutionen aufzuzeigen, ohne jene empirischen Erscheinungen, die diese These zu widerlegen scheinen, einfach zu unterschlagen.

Claus Offe, Neomarxist in der „bürgerlichen“ Tradition der Kritischen Theorie, ist in seinem Aufsatz „Klassenherrschaft und politisches System“⁴⁾ der für alle Vertreter der Theorie brennenden Frage nach dem Verhältnis von Staatsapparat und kapitalistischen Verwertungsinteressen nachgegangen. Die Denkfigur des „ideellen Gesamtkapitalisten“, mit der sich manche seiner Kollegen aus den empirischen Schwierigkeiten der Analyse zu befreien hoffen, genügt ihm mit gutem Grund nicht. Er verlangt den wissenschaftlichen, d. h. empirischen Nachweis, daß das System der politischen Institutionen den Interessen des kapitalistischen Verwertungsprozesses tatsächlich entspricht, und zwar dadurch, daß sich zeigen läßt, daß das politische System eine dem kapitalistischen Verwertungsprozeß korrespondierende „klassenspezifische Selektivität“ aufweist. Wenn dieser Nachweis gelingt, dann wäre in der Tat das übliche Gerede vom Staat und seinen Institutionen als Handlanger oder Sachwalter des Kapitals besser als in der marxistischen Staatstheorie sonst üblich substantiiert, die Klassennatur des kapitalistischen Staates wäre in seiner Struktur selbst aufgewiesen. Staatliche Herrschaft, postuliert Offe, habe nur dann Klassencharakter, wenn sie so konstruiert sei, daß es ihr gelinge, das Kapital vor seinem eigenen falschen (bornierten), wie vor einem anti-kapitalistischen Bewußtsein der Massen in Schutz zu nehmen. Offe kann zwar zeigen, daß der Staat in seinem Handeln selektiv vorgeht, d. h. durch seine Struktur, seine politische Kultur und seine ihm jeweils eigenen Verfahren der politischen Willensbildung und -durchführung daran gehindert ist, jede nur

⁴⁾ C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, S. 65—106.

theoretisch denkbare Politik zu machen (eine etwas umständliche Erklärung für die schlichte Tatsache, daß staatliches Handeln immer unter Bedingungen vor sich geht), aber sein rascher Überblick über die möglichen wissenschaftlichen Methoden, die zur Verfügung stehen, um empirisch zu erhärten, daß die Selektivität — verstanden als das typische Muster von Handlungen und Unterlassungen — staatlichen Handelns auf das Interesse des Kapitals zugeschnitten ist, führt ihn zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß sie allesamt die Frage nach der Klassenherrschaft des Staates nicht zu entscheiden vermögen. Doch dann rettet er sich überraschend in die „Folgerung“, die historisch-konkreten Grenzen eines Herrschaftssystems könnten „nur in der politischen Praxis wahrgenommen und allein in der durch Aktion und Organisation vollzogenen Klassenauseinandersetzung... identifiziert werden“.

Er verwirft also die gesamte aufwendige „Staatstheorie“ seiner orthodoxeren Kollegen (was diese natürlich nicht auf sich sitzen lassen können) als wissenschaftlich nicht durchführbar, rettet aber deren Ergebnis durch den Verweis auf die Praxis. Theoretische Attribute wie die, daß der Staat ‚geschäftsführender Ausschuß‘ oder ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ sei, wären auf eine Evidenz angewiesen, die nicht theorieimmanent, sondern nur durch praktische Erfahrung gewonnen werden könnte. Allerdings bleibt Offe bei dieser wundersamen Rettung des wissenschaftlich nicht zu erweisenden Klassenbegriffs durch „Praxis“ nicht stehen. Er geht auch der sich aufdrängenden Frage nach, warum etwas mit den Mitteln der Wissenschaft nicht evident zu machen ist, was (für ihn) doch evident ist, nämlich der Klassencharakter des Staates. Dabei verfällt er auf folgende ingeniöse Erklärung des Phänomens: „Vereinfachend kann man sagen, daß politische Herrschaft in kapitalistischen Industriegesellschaften die Methode der Klassenherrschaft ist, die sich als solche nicht zu erkennen gibt.“ Offe hält diese Interpretation nur scheinbar für paradox, in Wahrheit jedoch für „folgerichtig“. Er sieht das Strukturproblem des kapitalistischen Staates in der Tatsache, „daß er seinen Klassencharakter zugleich praktizieren und unsichtbar machen muß“. Die koordinativen und repressiven Selektions- und Steuerungsleistungen, die den Inhalt des Klassencharakters des bürgerlichen Staates ausmachten, müßten durch eine dritte Kategorie von Steuerungsleistungen, und zwar solche gegenläufiger, verschleiender Art, dementiert werden. Denn nur, wenn der Staat den Anschein

der Klassenneutralität wahre, könne er seine Herrschaft als Klassenherrschaft ausüben.

Diese wirklich einfallsreiche These geht, wie man sieht, zwar auch von der offenbar im selbst erlebten Klassenkampf gewonnenen Überzeugung aus, daß der Staat der Bundesrepublik ein Klassenstaat ist und darum der Herrschaft des Kapitals dient, aber entgegen der Selbstverständlichkeit, mit der die hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Standards unbekümmerteren linken Kollegen dies einfach behaupten, weil es so in der Theorie steht, macht dieser Autor sich jedenfalls sehr feingesponnene Gedanken über die Frage, woher es denn kommen könnte, daß man diesem Staat seinen Klassencharakter so gar nicht ansieht, obwohl er doch ein Klassenstaat ist.

Gerade eine so subtile Beweisführung offenbart das Dilemma einer sich aus dem Verständigungskontext der Wissenschaften nicht ausschließen wollenden marxistischen Sozialwissenschaft, die sich ihre Ergebnisse nicht — wie in der Regel der Fall — von der Theorie einfach vorgeben, sondern sie selbst wissenschaftlich erarbeiten will. Weil sie entgegen einer wissenschaftlich gerade nicht zu vermittelnden Einsicht in den Klassencharakter des spätkapitalistischen Staates doch an diesem Grundsatz marxistischer Theorie glaubt festhalten zu müssen, verfällt sie in Konstruktionen, die, milde ausgedrückt, arg willkürlich anmuten. Die Bundesrepublik Deutschland wäre dieser Theorie zufolge ein Klassenstaat, dem man seinen Klassencharakter nicht anmerkt, der alle Spuren seiner insgesamt dem Interesse der Kapitalverwertung dienenden Politik geschickt verwischt, dessen Klassenneutralität lediglich geheuchelt ist, wenn auch offensichtlich so effektiv, daß die in Wahrheit ausgebeutete Klasse es gar nicht merkt und weiterhin loyal bleibt! Wenn dem wirklich so wäre, könnte man vor dieser politischen Meisterleistung des kapitalistischen Staates nur bewundernd den Hut ziehen. Wir haben nicht den Eindruck, von einem so meisterhaft agierenden Staat regiert zu werden!

Ein großer Teil der linken Gegenwartsliteratur über den Staat im Kapitalismus bzw. Spätkapitalismus ist, freilich unausgesprochen, durch die wichtige Frage motiviert, wieso es noch nicht zu dem von der Marxschen Theorie prognostizierten notwendigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems gekommen ist. Einfallsreiche Interpretationen wie die von Offe gehören sicherlich in diesen Zusammenhang. Zugleich jedoch sind die politökonomischen Analysen über die Bundesrepu-

blik immer auch darauf bedacht, das systemgefährdende *Konfliktpotential* auszumachen, *Krisenphänomene* zu entdecken oder zu konstruieren, also darzutun, daß es konkrete Anzeichen für den Zerfall der kapitalistischen Gesellschaftsformation gibt und die Theorie in den realen Verhältnissen der Bundesrepublik ihre Bestätigung findet. Das Ganze mutet an wie eine Gymnastikübung, bei der jeweils nur ein Bein benutzt werden soll. Ist das ein Bein in Aktion, so offenbart uns die Analyse, mit welchen Mitteln das kapitalistische System seine Herrschaft immer mehr stabilisiert bzw. seine Klassenherrschaft geschickt verschleiert oder dementiert. Kommt das andere Bein zum Zuge, so beschäftigt sich die politökonomische Analyse mit jenen Erscheinungen im Rahmen des kapitalistischen Staates, die seine frühere oder spätere Hinfälligkeit anzeigen (Verschärfung der Widersprüche, Klassenkämpfe, Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals etc.). Wann jeweils welches Bein in Aktion tritt, hängt von den politischen Umständen, der intellektuellen Geneigtheit des Theoretikers, vielleicht auch von opportunistischen Erwägungen ab. Gelegentlich finden sich sogar beide Analyseaspekte in ein und derselben Publikation nebeneinander, freilich nie so, daß man sich des möglichen Widerspruchs bewußt würde, der zwischen beiden Positionen liegt. Es gelingt offenbar schwer, mit beiden Beinen zugleich wissenschaftlich auf sicherem Grund zu stehen. Widersprüche scheinen nicht nur eine typische Eigenschaft des kapitalistischen Systems zu sein.

Verfassungsinterpretationen

Eine stärker historisch orientierte Theorie-richtung hat sich vor einigen Jahren für die Frage interessiert, wieso es in der Bundesrepublik nach der Niederschlagung des Faschismus zur Restauration des kapitalistischen Systems hatte kommen können. Sie sprach von der „verhinderten Neuordnung“, gar vom „erzwungenen Kapitalismus“. Sie berichtete über Klassenkämpfe in den Westzonen, in denen politisch bewußte deutsche Arbeiter gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus gekämpft hätten, aber von den kapitalistisch ausgerichteten westlichen Besatzungsmächten und dem unter ihrer Obhut wiedererstarken deutschen Kapital und seinen politischen Interessenvertretern um den Sieg betrogen worden wären. Freilich ist der zeitgeschichtliche Nachweis, daß gewissermaßen hinter dem Rücken des deutschen Volkes die Restauration des Kapitalismus vollzogen worden sei, schwerer zu erbringen, als diese Literatur es wahrhaben will. „Der Mythos von der verhin-

derten Neuordnung weist die Eigenart vieler schöner Mythen auf — sein Wahrheitskern ist schwer zu finden.“⁵⁾

Eine andere, stärker verfassungshistorisch und verfassungsrechtlich orientierte Richtung versucht die Rechtfertigung für eine antikapitalistische Interpretation der Verfassung des Grundgesetzes aus der Geschichte seiner Entstehung sowie aus der Übersteigerung oder Verabsolutierung einzelner seiner Normen zu gewinnen.

Wolfgang Abendroth hatte 1966 in einer Abhandlung über das Grundgesetz darauf aufmerksam gemacht, daß es für die rechtliche Interpretation seiner Normen entscheidend sei „die Willensbildung der deutschen politisch-sozialen Gruppierungen festzustellen, die sich im Kompromiß zur Annahme des Grundgesetzes getroffen haben“⁶⁾. Er plädierte für eine Verfassungsinterpretation aus dem Geist der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates und mit einem Blick zurück auf die vorausgegangene Entstehung der Länderverfassungen, in denen bekanntlich bestimmte sozialistische Grundsätze, wie z. B. der durch die amerikanische Besatzungsmacht außer Kraft gesetzte Sozialisierungsartikel der Hessischen Landesverfassung, noch eine stärkere Berücksichtigung gefunden hatten als im Grundgesetz. Im Zuge der Radikalisierung politischer Positionen nach 1967 haben einige seiner Schüler diese einigermaßen legitime Methode der Verfassungsinterpretation entweder überzogen oder das Verfahren normativer Übersteigerung angewandt, wenn nicht gar das Grundgesetz gänzlich aus einer rein politökonomischen Perspektive interpretiert. Beide Formen der Verfassungsinterpretation — normative Übersteigerung und politökonomische Auslegung — sind für die Neue Linke, sowohl in ihrer radikalen wie in ihren gemäßigeren Versionen, typisch geworden.

Übersteigerung bedeutet beispielsweise, wenn die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes mit folgenden Sätzen interpretiert wird: „Damit hat sich das Grundgesetz für einen Staat entschieden, der die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit nicht dem Konkurrenzmechanismus überläßt, sondern durch gezielte Maßnahmen selbst verwirklichen will. Die Gesellschafts- und Eigentumsordnung gilt ihm nicht als unantastbar, sondern als veränderungsbedürftig und deshalb der Disposition des Gesetzgebers überlassen. Der Art. 15, der die So-

⁵⁾ R. Löwenthal, H. P. Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1974, S. 58.

⁶⁾ W. Abendroth, Das Grundgesetz, Pfullingen 1966, S. 14.

zialisierung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln zuläßt, ist als Konkretisierung dieser Sozialstaatsklausel aufzufassen.“⁷⁾ Daraus folgt, daß der Gesetzgeber die Intentionen der Verfassung bisher nicht erfüllt hat, denn er hat die Eigentumsordnung nicht, wie er es hätte sollen, geändert, den Sozialstaat nicht konkretisiert, den wirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus nicht durch staatliche Planung ersetzt. Das Grundgesetz blieb somit in wesentlichen Stücken „unerfüllt“. Seinen eigentlichen Verfassungsauftrag zu realisieren bleibt darum das Gebot von „Demokraten“. Sie nennen es neuerdings „Kampf um Verfassungspositionen“.

Das Prinzip der Übersteigerung, das in der linken Verfassungsinterpretation vorherrscht, beruht darauf, bestimmte Normen, z. B. Demokratie, aus dem Wertekatalog des Grundgesetzes zu verabsolutieren, sodann eine tiefe Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit zu konstatieren und zum Schluß die Veränderung der Wirklichkeit zugunsten der aufgestellten Norm zu fordern, damit dem Verfassungsauftrag Genüge getan werde. „Politische Wissenschaft, die sich von einem emanzipatorischen Demokratiebegriff leiten läßt, muß auch die vom Grundgesetz intendierte Zielrichtung als emanzipatorische verstehen. Das Ziel selbst wäre demnach der demokratische und soziale Rechtsstaat, dessen Souverän das sich selbst bestimmende mündige Volk.“⁸⁾

Über die mit dem Begriff der Demokratie verknüpfte Idee der Selbstbestimmung des Menschen gelangt dann die politökonomische Betrachtungsweise im engeren Sinn in die Verfassungsinterpretation. Natürlich kann in einer Gesellschaft, in der gemäß der „Theorie“ die große Mehrzahl der Menschen durch die privatkapitalistische Organisation der Wirtschaft „entfremdet“ und in Abhängigkeit gehalten ist, von Selbstbestimmung keine Rede sein, ebensowenig wie von Demokratie. Deshalb ist in der verfassungspolitischen Literatur der Neuen Linken immer davon die Rede, daß das Prinzip der Demokratie auf alle Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt und zum Sozialismus erweitert werden müßte. „Damit würden auch Wirtschaft und Arbeitswelt, Güterherstellung und Güterverteilung privater Verfügungsgewalt entzogen und der Disposition des gesamten Volkes unterworfen.“⁹⁾

Besonders der Demokratie- und Sozialstaatsbegriff eignet sich für das Verfahren normativer Übersteigerung. „Am Absatz 1 des Art. 20 — Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat — ist unbestritten nur noch die Feststellung, daß die Bundesrepublik ein Bundesstaat ist.“¹⁰⁾ Propagiert wird ein Politikverständnis, „das die gesellschaftlich ermöglichte und bezogene Freiheit und Selbständigkeit des einzelnen zum unaufhebbaren und nicht Personen, Gruppen oder andere Gesellschaften diskriminierenden Bezugspunkt gewählt hat. Diese Politikdefinition verhindert die Aussparung, Privatisierung weiter Bereiche.“¹¹⁾

Hinter solchen Formulierungen versteckt sich, auch wenn es nicht immer ausdrücklich gesagt wird, stets die Idee einer notwendigen Veränderung der gesellschaftlichen = ökonomischen Grundlagen des Systems der Bundesrepublik, weil erst auf einer anderen sozio-ökonomischen Grundlage Freiheit und Selbstbestimmung als wirklich realisierbar erscheinen, und erst kraft ihrer die „Verheißung des Grundgesetzes“ einlösbar wird.

Linke Verfassungsinterpretationen müssen angesichts sie eventuell ins Unrecht setzender Verfassungsbestimmungen den normativen Spielraum der geistig tragenden Verfassungsgrundsätze bewußt erweitern, um die verfassungsmäßige Legitimierung ihrer politischen Programme zu sichern. Sie polemisieren — sicherlich nicht immer unbegründet — gegen herrschende Verfassungsinterpretationen, die angeblich eine von der wahren Norm und den Intentionen des Grundgesetzes abweichende Verfassungsfeindlichkeit rechtlich legitimieren, und wehren sich — von ihrem Standpunkt aus zu Recht — gegen eine restriktive Verfassungsauslegung. Die Ausweitung des Interpretationsspielraums von Verfassungsnormen läßt sich mit einiger Aussicht auf Erfolg am ehesten in den von der allgemeinen Ideenbewegung der Gesellschaft beeinflussten Sphäre programmatisch-ideologischer Grundsätze der Verfassung vornehmen, am besten beim allgemeinen Demokratie- und Sozialstaatsbegriff, der in der Regel auch die Einbruchsstelle für diese als verfassungsimmanent angesehene Kritik der gegebenen Verfassungswirklichkeit ist.

Die Kriterien für die Richtigkeit oder Plausibilität einer aufgestellten verfassungstheoretischen

¹⁰⁾ U. Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, Frankfurt/M. 1973², S. 142.

¹¹⁾ W.-D. Narr, Westdeutsche Demokratie nach 1945, in: L. Romain, G. Schwarz (Hrsg.), Abschied von der autoritären Demokratie. Die Bundesrepublik im Übergang, München 1970, S. 109.

⁷⁾ R. Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus, Hamburg 1971, S. 74.

⁸⁾ See (Anm. 3), S. 20.

⁹⁾ Kühnl (Anm. 7), S. 75.

schen Norm für Demokratie oder Sozialstaat werden in einer pluralistischen Demokratie im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung und Diskussion entwickelt und wirken von dorthin in gewissem Maße auch auf die politischen und gerichtlichen Institutionen ein, die sie zu interpretieren haben. Es läßt sich nicht übersehen, daß die öffentliche Theorie-Diskussion der letzten Jahre, speziell die Diskussion über die Idee der Demokratie und die Idee des Sozialstaats, von der linken Theoriebildung in außerordentlich starkem Maße beeinflusst worden ist und es den überkommenen, mehr empirisch-restriktiven Auslegungen dieser Begriffe erkennbar schwerer gemacht hat, sich zu behaupten. In den Augen politisch engagierter linker Gruppen bis weit in das bürgerliche Lager hinein ist durch diesen Diskussionsprozeß die Legitimitätsgrundlage der politischen Institutionen unseres Staates brüchiger geworden. Sie sehen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und ihrer Protektion und „Gewährleistung“ durch den Staat die eigentliche Ursache für das Defizit an Demokratie und Sozialstaat, das sie beklagen und zu überwinden hoffen. Sie bezweifeln, daß die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, die sie mit dem Kürzel „fdGO“ versehen, identisch ist mit dem System einer kapitalistischen Wirtschaft, und fragen sich, „ob es nicht gerade dieses System ist, das letztlich die Verwirklichung einer wirklich freiheitlichen und demokratischen Grundordnung verhindert“¹²⁾:

Das Problem der Verfassungsfeindlichkeit, das durch die politische Radikalisierung im Gefolge der Studentenbewegung, durch Radikalerlaß und politischen Terrorismus zu einem der akutesten innen- und verfassungspolitischen Probleme der Bundesrepublik in der Mitte der siebziger Jahre geworden ist, hat seinen Dreh- und Angelpunkt in der Frage, ob das durch die neue politökonomische Theorieperspektive vermittelte Verständnis von Demokratie und freiheitlicher sozialer Ordnung noch das des Grundgesetzes ist bzw. sein kann. Weil sie jedoch von der Richtigkeit der Theorie im wesentlichen überzeugt sind und sie für wissenschaftlich halten, kommen diese linken Kritiker zu einer Beurteilung der politischen Verhältnisse der Bundesrepublik, die gerade in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Hauptursache dafür sieht, daß die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik in ihren Augen weder als demokratisch noch als echt sozial noch als real freiheitlich bezeichnet werden kann.

¹²⁾ See (Anm. 3), S. 21.

Kritik des parlamentarischen Systems

Das Meinungsbild der Linken über den Charakter der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik ist bis in die Gegenwart hinein von der 1967 erstmals erschienenen Schrift des Berliner Politologen Johannes Agnoli „Die Transformation der Demokratie“¹³⁾ stark beeinflusst worden. Nach den Auffassungen von Agnoli könne man von Demokratie in der Bundesrepublik nicht reden, weil die Mehrheit der Bevölkerung durch eine ausgeklügelte „Technik des sozialen Friedens“ von den Machtzentren des Staates ferngehalten werde. Die parlamentarische Demokratie verwandle sich in einen „Autoritären Rechtsstaat“, der als „Sicherungssystem des Kapitalismus“ fungiert. Zu den Grundlagen dieser Befriedungspolitik der Bourgeoisie gehöre auch der sogenannte Pluralismus, den es auf der Ebene der Zirkulation tatsächlich gebe, während an der Basis der Gesellschaft, auf der Produktionsebene, der Antagonismus der Klassenherrschaft erhalten bleibe. Dieser Antagonismus bzw. die „gesellschaftliche Polarität“ werde durch die pluralistischen Mechanismen des politischen Systems gerade verdeckt, wobei Parlament und Parteiensystem die besondere Aufgabe haben, die in der Gesellschaft aufgrund der ökonomischen Struktur vorhandenen gegensätzlichen sozialen Kräfte zu entschärfen, und zwar mittels des Prinzips der Repräsentation. Die politischen Parteien hätten ihren ursprünglichen Klassencharakter längst aufgegeben und seien als „Volksparteien“ zur „pluralen Fassung einer Einheitspartei“ geworden. Das Parlament habe seine Souveränität zugunsten der Exekutive und den hinter ihr stehenden Mächten eingebüßt, gegenüber dem Volk sei es zum bloßen Transmissionsriemen der Entscheidung politischer Oligarchien geworden. Im parlamentarischen System der Bundesrepublik sei ein konservativer Konsensus am Werk, der in der sich ständig erneuernden Übereinstimmung der Oligarchien über Form und Inhalt der Politik bestehe. Ihm setzt Agnoli die Idee eines revolutionären Konsensus entgegen, den er als Zustimmung der Mehrheit der Wähler bzw. der Massen zu einer Oppositionspartei, die die Gesellschaft radikal verändern will, definiert.

In dieser Abhandlung sind die meisten Themen und Inhalte der sich danach erst voll entfaltenden linken Diskussion über die politischen Institutionen der Bundesrepublik vorweggenommen worden. Die wichtigsten dieser Themen und Thesen waren und sind bis

¹³⁾ J. Agnoli, P. Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967.

heute: die Entlarvung der pluralistischen Demokratie als Schein; die Abhängigkeit der politischen Parteien, auch der Sozialdemokratie, von den Mächten der Wirtschaft, d. h. dem Kapital; das parlamentarische System als Drehbühne für eine Veranstaltung, die als „Dienst am Allgemeinwohl“ präsentiert wird, in Wirklichkeit jedoch ein anderes Stück, nämlich die „Politik des Kapitals“ (Huffschmid) permanent auf ihrem Spielplan hat; die Reduktion der politischen Alternativen des Systems auf den bloßen Wechsel von Politikern, die als pure „Charaktermasken“ ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit den gleichen Mächten unterworfen, wenn nicht gar hörig sind; die Abkoppelung der politischen Maschinerie von den wahren Interessen des Volkes durch das undemokratische Prinzip der Repräsentation; die Ausschaltung und Unterdrückung von demokratischen Willensbildungsprozessen in den politischen Parteien durch oligarchische Herrschaft; die Enthüllung des Sozialstaats der Bundesrepublik als eine pure Illusion oder als Mittel zur besseren politischen Disziplinierung der Bevölkerung; die Reduzierung von Demokratie auf den bloßen Wahlakt; die Abhaltung demokratischer Wahlen als Routineveranstaltung für eine durch Meinungsmonopole und andere Arrangements entpolitisierte Bevölkerung, der echte politische Alternativen überhaupt nicht geboten werden; die Perversion des parlamentarischen Systems durch das pluralistisch-monopolitische System politischer Willensbildung, etc., etc.

Man könnte diesen Themenkatalog mühelos erweitern und sich der ziemlich monotonen Beschäftigung widmen, die jeweiligen Inhalte der kritischen Auseinandersetzung der Neuen Linken mit dem politischen System der Bundesrepublik in aller Ausführlichkeit wiederzugeben. Wir haben dies nicht vor, weil wir in erster Linie am Typus, am Denkstil linker Argumentation interessiert sind, nicht an einer detaillierten Ausbreitung aller Befunde, Thesen und Theorien. In dem oben nur knapp umrissenen Themenfeld der linken Kritik an den politischen Institutionen der Bundesrepublik sind auch linksliberale bis radikaldemokratische Positionen enthalten, die sich nicht strikt an den Prämissen marxistischer Theorie orientieren, aber gleichwohl zu einem kritischen Urteil über die Institutionen der Bundesrepublik kommen. Die Präsenz der Theorie macht sich immer da bemerkbar, wo die Autoren die gerügten Mißstände und Fehlentwicklungen der Politik und ihrer Institutionen in letzter Instanz der mythischen Größe des „Kapitals“ anlasten und in den ökonomischen

Ursachen die maßgebliche bis ausschließliche Erklärung für alle von ihnen geschilderten Gravamina des politischen Systems finden.

Wie aus kritischen radikaldemokratischen Intellektuellen und Bürgern radikale Verneiner des bestehenden Systems werden können, wie wir sie in der akademischen Intelligenz von heute zahlreich antreffen, darüber haben wir außer einigen pauschalen Hinweisen auf Erfahrungen in der Zeit der Studentenrebellion wenig verlässliche Aufschlüsse. Psychoanalytische Erklärungen, wie sie Grossarth-Maticsek neuerdings in einer aufwendigen empirischen Untersuchung von radikalen Studenten in Heidelberg angeboten hat¹⁴⁾, können vielleicht individuelle Dispositionen sichtbar machen, das Phänomen selbst, nämlich die Umwandlung einer „politischen Kultur“, aber nicht ausreichend erklären. Tatsache ist jedenfalls, daß die scharfe Kritik des politischen Systems der Bundesrepublik, die sich zunächst in Büchern wie dem über den „CDU-Staat“¹⁵⁾ oder „Abschied von der autoritären Demokratie?“¹⁶⁾ zwar radikal, aber eben noch nicht radikal im Sinne des Marx-schen „Auf-den-Grund-Gehens“ äußerte, seit 1967/68 in wachsendem Maße einer Kritik gewichen ist, die ihre Maßstäbe und Urteile aus der „Theorie“ bezog und sich durch diese vollends radikalisierte. Mit der ihr eigenen Unversöhnlichkeit tat die Kritik aus dem Geiste der „Theorie“ jeden Versuch der politischen Kräfte, durch Reformen die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik auszubauen und sozial gerechter zu gestalten, als lächerlichen „Reformismus“ ab. Sie war nicht mehr bereit, sich unterhalb der Schwelle der „Systemüberwindung“ politisch zu engagieren.

Im Jahre 1969 gab der in Berlin lehrende Schweizer Soziologe Urs Jaeggi ein Taschenbuch mit dem Titel: „Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik“ heraus, das ein großer Erfolg wurde (bis heute ca. eine Viertel Million Exemplare für die alte und neue Ausgabe). Zwei Jahre später brachte er die neue Ausgabe unter dem Titel: „Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik“¹⁷⁾ auf den Markt. Die Erstausgabe diskutierte im einleitenden ersten Kapitel noch die Begriffe Macht und Herrschaft, das Problem der Eliten sowie die

¹⁴⁾ R. Grossarth-Maticsek, Revolution der Gestörten? Motivationsstrukturen, Ideologien und Konflikte bei politisch engagierten Studenten, Heidelberg 1975.

¹⁵⁾ G. Schäfer, C. Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1969, 2 Bde.

¹⁶⁾ Vgl. Anm. 11.

¹⁷⁾ Jaeggi (Anm. 10).

Frage pluralistische oder antagonistische Gesellschaft? Sie enthielt sogar einen positiv formulierten Abschnitt über „die Chancen des Grundgesetzes“. Die Neuausgabe von 1973 (inzwischen war immerhin die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt zum zweiten Mal an der Regierung) wählte nicht nur mit Absicht einen charakteristischen Titel aus dem Begriffsarsenal der „Theorie“, sie versuchte auch, mit der Anwendung der Theorie auf die Institutionen der Bundesrepublik in Gestalt einer „gesamtgesellschaftlichen Analyse“ ernst zu machen. Das Buch ist eine Fundgrube für die landläufige linke radikale Beurteilung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik aus der Perspektive der marxistischen Theorie, wobei auch noch „bürgerliche“ Wissenschaftsrelikte verarbeitet sind.

Wir wissen nicht, was im Kopf des Autors innerhalb von zwei Jahren vor sich gegangen ist. Wir stellen nur fest, daß die, wenn auch teilweise etwas inkonsistente und leichtfüßige Anwendung der Theorie sein Urteil über die Bundesrepublik radikal verschärft hat, und dies, obwohl die innenpolitischen Verhältnisse der Bundesrepublik sich zumindest in den Augen eines linken Intellektuellen doch merklich verbessert haben mußten. Den-

2. Die Gesellschaft der Bundesrepublik

In der linken Theorie ist „Gesellschaft“ zu einer alles beherrschenden Kategorie, quasi zu einem Allerweltsbegriff geworden. Unterschiede zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen öffentlich und privat werden plattgewalzt und dem totalen Zusammenhang eingeordnet, den die Theorie zu erkennen meint und den sie mit Vorliebe als „gesellschaftlich“ bezeichnet. Auch die so eifrig beackerte marxistische „Staatstheorie“ ist im Grunde nichts anderes als eine aufs Ökonomische reduzierte Gesellschaftstheorie. Wenn die Theorie-Marxisten der von ihnen bekämpften „bürgerlichen Wissenschaft“ vorwerfen, sie befasse sich nicht mit den „gesellschaftlichen“ Bedingungen oder der „gesellschaftlichen“ Vermittlung von staatlicher Herrschaft, dann meinen sie nichts anderes, als daß Herrschaft im allgemeinen sowie die Funktionen des Staates im besonderen von dieser nicht aus den „Bedingungen der Kapitalverwertung“ — oder welche der gestanzten Formeln der Theoriesprache man gerade verwenden mag — erklärt werden. Gesellschaft meint in der Sprache der Theorie in letzter Instanz immer die Ökonomie, denn alle gesellschaftli-

noch verfielen für Professor Jaeggi die „Panopze der bürgerlichen Wissenschaft“, mit denen er sich ein paar Jahre davor noch redlich abgemüht hatte, nun plötzlich der „Lächerlichkeit“¹⁸⁾. Was war geschehen? Riskieren wir eine Antwort: Die „Theorie“ hatte sich ihm offenbart, sie hatte sich seines Geistes bemächtigt, ihn wissender gemacht und ihm die Perspektiven und Wege seiner Untersuchung vorgegeben — wie so vielen anderen auch. Mit einer Veränderung der äußeren Wirklichkeit zum Schlimmeren, Unerträglicheren hin kann dieser Prozeß der Radikalisierung nichts zu tun haben. Es ist ein der „Theorie“ immanenter Prozeß geistiger Radikalisierung, der hier stattfand, ein Prozeß, der anscheinend unabhängig von dem Gegenstand, auf den das neugefundene theoretische Wissen sich kritisch richtet, sein sich verschärfendes Wesen treibt. Die gewiß unvollkommen arbeitenden politischen Institutionen eines Systems wie der Bundesrepublik können vor dem Auge dieser Art von Theorie natürlich erst recht nicht mehr bestehen. Sie können nur mehr überwunden werden. „Ich frage mich: Woher kommt das? Woher kommt eigentlich der Haß auf dieses ‚System‘? Durch welche Wirklichkeit, welche Erfahrung ist er gedeckt?“¹⁹⁾

chen Strukturen und Abläufe sind von ihr auf die mit der kapitalistischen Produktionsweise gesetzten Bedingungen rückführbar. Dies ist der höchst einfache Erklärungsgrund für die Tatsache, daß alle „Wege zur veränderten Gesellschaft“ (ein Buchtitel von 1971)²⁰⁾ von der Veränderung der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft ihren Ausgang nehmen müssen.

Auch die Idee einer „strukturellen Revolution“ (J. Steffen) oder von „antikapitalistischen Strukturereformen“ (Jungsozialisten) kann, allen erwogenen vermittelnden Reformschritten zum Trotz, letzten Endes nur als bewußte Umgestaltung der ökonomischen Grundlagen des Systems gefaßt werden. Wo die Ökonomie alles durchdringt und prägt: die Institutionen des Staates ebenso wie die vielfältigen Lebensbereiche der Gesellschaft, da kann allein in ihr der Schlüssel für eine Veränderung der Gesellschaft gefunden werden. Wenn

¹⁸⁾ Ebd., S. 377.

¹⁹⁾ H. Krüger, Zeitgelächter. Ein deutsches Panorama, Hamburg 1973, S. 103.

²⁰⁾ H. Bussiek (Hrsg.), Wege zur veränderten Gesellschaft. Politische Strategien, Frankfurt/M. 1971.

z. B. ein Arbeitskollektiv, das sich mit „Kindesmißhandlungen und ihren Ursachen“ befaßt hat, zu der Schlußfolgerung gelangt, man müsse „das Problem der Kindesmißhandlung an seinen sozialen Wurzeln packen“ und auf diese Weise „einen Beitrag zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse“ leisten, die gegenwärtig „von Feindseligkeit und Gewalt zerrissen“ seien²¹⁾, so ist dieser Hinweis auch da, wo es nicht ausdrücklich hinzugefügt wird, auf die Veränderung des Wirtschaftssystems gemünzt, weil die Ökonomie eben als die Wurzel aller gesellschaftlichen Verhältnisse angesehen wird.

Gesellschaft als Totalität

Da, wo man mit der Kritischen Theorie den durch Karl Marx vorgezeichneten Bahnen einer ökonomischen Interpretation von Gesellschaft und Politik nicht ganz folgen will, weil man die vom ökonomischen Bereich ausgehende Determination der sozialen Verhältnisse im „Spätkapitalismus“ nicht mehr für die ausschließliche Form gesellschaftlicher Formbestimmung ansieht, gewinnt der Begriff Gesellschaft erst recht den Charakter einer alles bestimmenden Totalität. „Gesellschaft“ ist zum gängigen Synonym für jenes „Ganze“ geworden, das alles in seinen Bann schlägt, sich alles unterwirft, dem keiner entkommt. Daher kommt es, daß alles, was sich unter Menschen abspielt, ihre Arbeit, ihre Freizeit, ihre „Verkehrsformen“, bis hin zu den Liebesbeziehungen, der „Gewalt“ gesellschaftlicher Verhältnisse angelastet wird. Mehr oder weniger orthodoxe Marxisten leiten die Macht dieser Verhältnisse mit Eifer aus dem marxistischen Begriff der „Ware“ her, zu der die menschliche Existenz und ihr Tun pervertiert werden; sie ergehen sich in umständlichen Erörterungen über die marxistischen Kategorien von „Tauschwert“ und „Gebrauchswert“, um die kategorialen Grundprinzipien herauszuarbeiten, die den totalen Zusammenhang theoretisch präziser zu erfassen meinen. Doch wie auch immer sie den besonderen Charakter von Gesellschaft erklären, sie kommen stets zu dem Ergebnis, daß Gesellschaft der Inbegriff eines die Gesamtheit aller Erscheinungen determinierenden Zusammenhangs ist.

Dieses ins Totalitäre sich wendende Verständnis von Gesellschaft hat zwei Konsequenzen, die sich für das politische Bewußtsein der Bundesrepublik weit über die Kreise

linker Theorie hinaus bemerkbar gemacht haben: Es entlastet das Individuum von jeder Einzelverantwortung für sein Leben und Handeln, und es kann sich Veränderungen und Verbesserungen auch der individuellen Lage von Einzelpersonen und Gruppen nur durch den Einsatz der Gesellschaft, das heißt konkret: durch das Handeln der Institutionen des Staates vorstellen. Mit anderen Worten: Das linke Gesellschaftsverständnis macht für alle Mißstände, sozialen Probleme, individuellen Schwierigkeiten prinzipiell *die Gesellschaft* verantwortlich, und es erwartet wirksame Abhilfe auch immer nur von Aktionen der organisierten Gesellschaft als ganzer. An die Menschen und ihr individuelles Verantwortungsbewußtsein zu appellieren, gilt als Augenwischerei.

Da eine politökonomische Analyse des dem Staat — als dem Sachverwalter des gesamtgesellschaftlichen Interesses — zur Verfügung stehenden „Handlungsspielraums“ in aller Regel ergibt, daß das politische System durch die Erfordernisse der Kapitalbewegung in seiner Manövrierfähigkeit stark eingeschränkt ist (Theorie der Restriktionen), kann die logische Schlußfolgerung derartiger Analysen wiederum nur im Plädoyer für die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise bestehen, weil angeblich nur dann eine echte Chance besteht, die Gesellschaft bewußt planend zu gestalten und so in Übereinstimmung mit den wahren Bedürfnissen der Menschen zu bringen. Solange jedoch — wie man in den Schriften linker Theorie bis zum Überdruß lesen kann — die Produktion zwar vergesellschaftet, ihre Aneignung hingegen privat organisiert ist, schlägt dieser grundlegende Widerspruch auf alle gesellschaftlichen Beziehungen durch. Eine in sich stimmige, die Menschen positiv aufeinander beziehende Gesellschaftsordnung kann es darum erst geben, wenn der aus der Ökonomie kommende Grundwiderspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung (in stärker traditionell orientierten marxistischen Analysen ist es der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital) beseitigt sein wird.

Das totale Gesellschaftsverständnis, das schlechthin alles, was passiert, der Gesellschaft oder den gesellschaftlichen Verhältnissen zuschreibt, steht innerhalb linker Theorie nur scheinbar in einem Gegensatz zur Lehre vom Grundwiderspruch, der durch den Kapitalismus in die Gesellschaft hineingetragen wird. Hier handelt es sich, wie stets im dialektischen Denken, um zwei verschiedene Aspekte der gleichen theoretischen Perspekti-

²¹⁾ R. Wolff (Hrsg.), Gewalt gegen Kinder. Kindesmißhandlungen und ihre Ursachen, Reinbek 1975, S. 37.

ve, die je nach Bedarf entsprechend akzentuiert werden. Kommt es darauf an, die Allmacht der durch die mystische Größe „Kapital“ gesteuerten Verhältnisse aufzuzeigen, dann beherrscht die totalitäre Interpretation von Gesellschaft das Feld, dann sind wir alle Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse. Geht es aber darum, die Ungerechtigkeit, ja Unmenschlichkeit sowie die zunehmende Brüchigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse zu offenbaren, so kommen die Theoreme des Widerspruchs zum Zuge. Alle diese Widerspruchstheoreme sind so konstruiert, daß allein die Aufhebung des Widerspruchs eine Lösung und damit bessere Zeiten für die Gesellschaft verheißt. Nie ist davon die Rede, daß das Leben in sich selbst widersprüchlich sein kann, ja vielleicht durch unausweichliche Widersprüche charakterisiert sein könnte; immer ist die Idee einer harmonischen, durch keine unauflösbaren Interessenkonflikte getrüben, von einem einheitlichen Willen beseelten Gesellschaft das utopische Leitbild, das den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft konfrontiert wird.

Die Theorie von den gesellschaftlichen Widersprüchen erlaubt es ihren Vertretern überdies, sich stets auf die richtige Seite der Gesellschaft und des historischen Prozesses zu schlagen, auf die Seite der höheren Moral ebenso wie auf die Seite des Fortschritts. Die Studenten, die sich nach dem „Spontaneismus“ und den Enttäuschungen der antiautoritären Phase dem „Proletariat“ zuwandten, wurden durch die klassische marxistische Theorie in ihrem Glauben bestärkt, bei jener Klasse zu stehen, deren schwieligen Händen das Werk der Überwindung der ungerechten kapitalistischen Gesellschaftsordnung anvertraut wäre. Die Theorie, die sie gelehrt hatte, daß die Arbeiter im Kapitalismus ausgebeutet, unterdrückt und entfremdet würden, gab ihnen das gute Gewissen, für eine absolut gerechte Sache zu streiten, sowie die Überzeugung, daß man sich von denen, die dieses ausbeuterische Gewaltverhältnis aufrecht erhielten, d. h. vom Staat, die Mittel für den Klassenkampf nicht vorschreiben lassen dürfte.

So ist Gesellschaft einerseits ein alles absorbierendes Faktum und Faktotum, andererseits ein Gebilde mit antagonistischen, d. h. unveröhnlichen Widersprüchen, die auf ihre Aufhebung drängen. Begreift oder empfindet man sie als die alles absorbierende Totalität, so besteht die Neigung, ihr eine ebenso totale Negation entgegenzusetzen oder aber sich ihrem repressiven Zusammenhang einfach durch die *Verweigerung* zu entziehen. Dies

war die herrschende Tendenz der von Marcuse angeregten Strategie der rebellierenden Studenten in der antiautoritären Phase ihrer Bewegung. Begreift man die Gesellschaft vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der in ihr wirksamen Widersprüche, so verlagert sich die intellektuelle Aktivität auf die Aufdeckung und Verlaufsanalyse solcher Widersprüche, auf die Freilegung von antagonistischen Konfliktpotentialen, auf die Erörterung darüber, wie die potentiellen Träger von sich verschärfenden gesellschaftlichen Widersprüchen, z. B. die Arbeiterparteien und Gewerkschaften, dazu gebracht werden können, die ihnen von der Theorie zugedachte Rolle im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß richtig wahrzunehmen. Diese Richtung nahm im wesentlichen das stärker dogmatische Theoriebewußtsein. Eine Mittelstellung zwischen diesen Positionen mag man in dem Anspruch erblicken, den der Politologe E. Krippendorff an die Theorie gestellt hat: „Sie muß als Theorie der in den Widersprüchen sich entfaltenden emanzipatorischen Möglichkeiten konzipiert werden.“²²⁾ So etwas möchte man gerne einmal ausgearbeitet vor sich sehen!

Eine konkrete Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland, in deren Schoß das neue Theoriebewußtsein neu geboren wurde, muß angesichts der gegebenen Alternativen entweder der totalen Ablehnung und Verdammung anheimfallen oder nach den krisenhaften Schwachstellen durchforstet werden, in denen die Widersprüche sich offenbaren und möglicherweise verschärfen, womit zugleich angezeigt wird, daß auch diese so stabil erscheinende Gesellschaft von ihrer schließlichen Umwälzung nicht verschont bleiben wird. Für beide Perspektiven gibt es in der linken Literatur eine Fülle von Beispielen. Die erste Version, nämlich die Darstellung der modernen Industrie- und Überflußgesellschaft als einer alles absorbierenden Totalität, in der selbst noch die an der ökonomischen Basis vorhandenen Widersprüche gewissermaßen verschluckt werden, war in ihrer Wirkung auf das allgemeine politische Bewußtsein der Bundesrepublik zweifellos stärker und nachhaltiger als die zweite, die vorwiegend in den dogmatisierten Zirkeln heimisch geblieben ist. Ansatzpunkt der Kritik ist die Behauptung, die westdeutsche Gesellschaft sei ganz anders, als sie zu sein vorgebe und in der bürgerlichen Sozialwissenschaft dargestellt werde.

²²⁾ E. Krippendorff, Internationales System als Geschichte. Einführung in die internationalen Beziehungen 1, Frankfurt/M., New York 1975, S. 181.

Armut und soziale Ungleichheit

Die offiziellen Versionen über die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik orientieren sich im allgemeinen an der Idee des Sozialstaats oder der Sozialen Marktwirtschaft. Der Sozialstaat der Bundesrepublik gilt nach allgemeiner Auffassung zwar noch keineswegs als vollendet, sondern wird als weiter ausbaufähig und entwicklungsbedürftig angesehen, doch besteht auch zwischen den Parteien der Opposition und der Regierung im wesentlichen Übereinstimmung darüber, daß das „Netz sozialer Sicherheit“ in unserem Lande relativ dicht geknüpft ist, insbesondere, wenn man es mit den Verhältnissen früherer staatlicher Epochen der deutschen Geschichte vergleicht. Differenzen ergeben sich vornehmlich hinsichtlich der Angemessenheit und der jeweiligen Zielrichtung eines weiteren Ausbaus der kollektiven Daseinsvorsorge.

Aus dem Blickwinkel linker Theorie ist dieses Bild des deutschen Sozialstaates nichts als betrügerische Schönfärberei oder schlicht illusionär. Wenn man schon aus dem Grundgesetz die konstitutionelle Rechtfertigung eines alternativen demokratisch-sozialistischen Sozialstaatsmodells herausliest, wie dies W. Abendroth und in seiner Nachfolge H. H. Hartwich in ihren verfassungspolitischen Beiträgen zur Sozialstaatsklausel getan haben, dann kann von einer Verwirklichung des Sozialstaats bei uns natürlich nicht die Rede sein, sondern eher von seiner Blockierung, denn dieses Modell ist an die „Beseitigung der privatwirtschaftlichen Profitorientierung als dem zentralen Mechanismus kapitalistischer Produktionsverhältnisse“²³⁾ geknüpft. Stets ist es dieser kapitalistische Mechanismus, der auf der Linken als Grund dafür angegeben wird, daß in der Bundesrepublik keine sozialstaatlichen Verhältnisse gegeben wären.

Einer der Kritiker hat in einer dem schrittmachenden amerikanischen Vorbild Michael Harringtons nachempfundenen Studie über die „Armut in der Bundesrepublik“ eine in der Tat erschreckende oder, wie ein Gesinnungsgenosse schreibt, „makabre Bilanz des Sozialstaates“ vorgelegt²⁴⁾. Zu den „Sozialfällen“ rechnet er über 5 Millionen Rentenabhängige, knapp 2 Millionen Kinder, „die durch das soziale Schicksal ihrer Eltern in ih-

rer weiteren Entwicklung erheblich gestört sind und über die soziale Klasse ihrer Eltern nicht hinauskommen werden, 1,1 Millionen Menschen in ländlichen Gebieten, die wegen zu geringen Einkommens ihre sozialen Bedürfnisse reduzieren müssen, nicht zu vergessen fünfzigtausend „erwachsene Kriminelle in Haftanstalten“, hunderttausend Heimkinder, ebensoviele Geisteskranke usw. Dank der Addition derartiger Zahlen kommt dieser Analytiker der Armut in der Bundesrepublik zu der phantastischen Zahl von fast 15 (in Worten: fünfzehn) Millionen „Sozialfällen“; das wäre fast jeder vierte Bewohner, die Gastarbeiter, jene „Parias der hochentwickelten Industriegesellschaften“, nicht einmal miteingerechnet. Zu diesem, alle geläufigen Vorstellungen von Armut sprengenden Verständnis des Phänomens gelangt man indessen leicht mit Hilfe der folgenden definitorischen Festsetzung: „Armut muß als individueller oder kollektiver Zustand definiert werden, während dessen Dauer es den Betroffenen unmöglich ist, *lebensbefriedigend* zu wohnen, sich zu ernähren, zu verdienen, sich zu versorgen und sich zu schützen. Das Attribut lebensbefriedigend ist dabei ein relatives; es bestimmt die Armut der einen je nach Reichtum und Wohlstand der anderen.“²⁵⁾

Der letzte Satz macht alles klar. Wenn ich den Reichtum und Wohlstand einer bestimmten sozialen Schicht der Gesellschaft, sagen wir der Einkommensoberschicht, zum Maßstab für die Armut der anderen nehme, dann ist bei uns nicht nur die Unterschicht, sondern sogar die Mittelschicht relativ verarmt. Es kann sogar sein, daß sich Angehörige aus den Mittelschichten, z. B. die sogenannten Aufsteiger, gemessen an ihren subjektiven Vorstellungen von Lebensbefriedigung einer relativ weit stärkeren Deprivation ausgesetzt sehen als Angehörige der Unterschichten, die mit ihrem sozialen Los im großen und ganzen zufrieden sind. Dieses Beispiel offenbart die Willkür, mit der bei linken Analysen der sozialen Lage in der Bundesrepublik vorgegangen wird.

Diese Neigung zur Willkür in der Theoriegestaltung wird dabei durch einen anderen typischen Argumentationsstrang verstärkt. Man geht gemeinhin davon aus, daß wir in einer Periode wachsenden gesellschaftlichen Reichtums leben, und zwar in einem solchen Ausmaße, daß dieser Reichtum, werde er nur gerecht auf alle verteilt, die ungerechtfertigte Unterteilung der Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende zum Nutzen aller für im-

²³⁾ H.-H. Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Köln und Opladen 1970, S. 360.

²⁴⁾ W. Hollstein, Sozialarbeit im Kapitalismus, in: W. Hollstein, M. Meinhold (Hrsg.), Erziehung und Veränderung, Frankfurt/M. 1973, S. 27.

²⁵⁾ Ebd., S. 23.

mer aufzuheben vermöchte. Es ist die klassische Utopie vom Reich der Freiheit, in dem jeder nach seinen Bedürfnissen leben kann. Diese Utopie sei nicht mehr abstrakt, sondern konkret, denn sie könnte hier und heute zu verwirklichen begonnen werden. Doch die Besitzenden verhindern eben durch ihre ökonomische Macht, durch die Wahrnehmung ihrer Interessen seitens des Staatsapparates, durch soziale und andere präventive Manipulationen, die ihrer Herrschaft nach Bedarf die Fügbarkeit der Untertanen und die Loyalität der Massen sichern, die Entstehung der wahrhaft gerechten Wohlstandsgesellschaft. Sie setzen sogar das von ihnen im großen usurpierte Mittel der Eigentumsbildung ein, um zu verhindern, daß an den Grundlagen des sie privilegierenden Systems gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung gerüttelt werde. „Vielmehr dient gerade das Eigentum der Lohnabhängigen gesellschaftlich dazu, den Eigentümer zu kontrollieren. Mittels seiner Habe, von der Wohnungseinrichtung bis zum Einfamilienhaus, wird er abhängig gemacht; sein Leben gerinnt, Geschichte wird stationär. Das Privateigentum vermag dies über den Lohnabhängigen: daß er sich zähe jedem Impuls zur Veränderung, zum Protest wird widersetzen müssen, daß er sich bei aufsteigendem Unbehagen an seiner Lage am Besitz festklammert, daß er über seine wahren Bedürfnisse sich täuscht.“²⁶⁾

So gelingt es dank seiner beherrschenden Manipulationskraft dem kapitalistischen System immer wieder, die sozialen Kräfte, die ihm massiven Widerstand entgegenzusetzen berufen wären, für sich zu vereinnahmen. Manche sehen gar schon in der frühkindlichen Sozialisation des Bundesbürgers nichts anderes als einen sozialen Vergewaltigungsprozeß zur Abrichtung fürs System. Von Anfang an sei der Mensch in der bürgerlichen Kultur ein „sozial vergewaltigtes Wesen“, „Vernichtung“ (sic) sei das allgegenwärtige Prinzip sozialer Beziehung, die Quelle der Deformation der Eltern, die im Neugeborenen später reproduziert werde und so immer fort, von Geschlecht zu Geschlecht²⁷⁾.

Von solchen überspannten Thesen bis hin zu der weitaus geläufigeren Formel, daß die Gesellschaft es sei, die uns krank und kaputt mache, ist es nur ein kleiner verallgemeinernder Schritt. Doch selbst die kleineren sozialen Einheiten wie die Ehe oder die Familie vermögen gegenüber dem repressiven Druck der

Gesellschaft natürlich nicht viel auszurichten. „Partikularisierung, Parzellierung, Isolierung des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft und ihr Fundus an zwischenmenschlicher Feindseligkeit reproduzieren sich zu prägnant in der sozialen Organisation (gemeint ist die Familie), in der zugleich zu viel Nähe herrscht.“²⁸⁾

In dieser düsteren Perspektive linker Sozialpsychologen schlägt alles, was der einzelne unternehmen mag, nur in die lähmende Verfestigung und Perpetuierung seiner Abhängigkeit von fremder Herrschaft um. Der Sozialisationsprozeß, von dem in den Sozialwissenschaften heutzutage so übermäßig viel geredet wird, dient unter den Bedingungen des Spätkapitalismus gerade nicht der Emanzipation des Individuums, sondern kettet dieses nur noch fester ans System. Die Frau z. B., die sich entschlossen hat, der Privatisierung der Ehe zu entinnen, in der sie „zum Ausschluß aus der gesellschaftlichen und politischen Welt verurteilt war“, und die darum einen Beruf ergreift, gerät nur in neue, eher noch schlimmere Abhängigkeiten, die sie diesmal mit ihren männlichen Berufskollegen teilen muß, und vereitelt damit erst recht ihre eigene Emanzipation. In diesem monströsen Gesellschaftsbild sind Mann wie Frau und zumal die Kinder ein „Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse“. Ob draußen im Beruf oder drinnen in der Familie, sie sind „längst nach der Struktur ihrer Beziehungen und dem emotionalen Klima ein Anhängsel der Produktionssphäre geworden“²⁹⁾. Es erscheint alles hoffnungslos.

Doch diese kulturpessimistischen Intellektuellen wären kaum noch Linke zu nennen, hätten sie nicht bei aller Trostlosigkeit des erhobenen analytischen Befunds mehr oder weniger gut begründete Ansichten und Aussichten zu bieten, wie dem Elend, der Deprivation (= Entbehrung, Beraubung) und der Depravation (= moralische Korrumpierung) (man findet in der einschlägigen Literatur beide Termini — vielleicht vermag man sie nicht zu unterscheiden) beizukommen wäre. Die Theorie, die sich für die Kritik des Bestehenden, für seine kritische Destruktion so brauchbar erwies, läßt dem, der sie handhabt, stets Refugien der Hoffnung übrig. Professor Peter Brückner, dem wir die obige „Blütenlese“ verfinsterter Resignation verdanken, denkt an durch brüderliche Solidarität gestiftete Geselungsformen, die in politisierten Konflikten sich mit der umliegenden Gesellschaft kritisch austauschen, und er wiederholt noch

²⁶⁾ Gewalt gegen Kinder (Anm. 21), S. 120.

²⁷⁾ P. Brückner, Gewalt in der Sozialisation. Zur Situation der Familie, in: Sozialarbeit (Anm. 24), S. 117 ff.

²⁸⁾ Ebd., S. 122.

²⁹⁾ Ebd., S. 127.

1975 die Forderung nach einer „emanzipativen Theorie, die zugleich Maximen sozialen Handelns impliziert“³⁰⁾. Anscheinend gibt es sie immer noch nicht.

Ein linker Theoretiker der Sozialarbeit in der Bundesrepublik folgert aus seiner Analyse, die Impulse zum Wandel könnten nicht von der institutionalisierten Sozialarbeit selbst, sie müßten von den „Opfern“ des Sozialstaats ausgehen³¹⁾. Eine Kollegin aus der praktischen Sozialarbeit berichtet dagegen ernüchternd, daß viele von denen, die mit ihrer Tätigkeit als Sozialarbeiter anfänglich die Idee einer „berufsrevolutionären Praxis“ verbunden, in ihrer Arbeit resigniert hätten, dafür jedoch in der Freizeit ganz „links“ wären. „Sie begründen das damit, daß man sich eben in seinem erlernten Beruf, der in der kapitalistischen Gesellschaft nun mal so beschissen wenig Möglichkeiten vernünftiger Arbeit bietet, reproduzieren muß, um leben zu können, die eigentliche politische Arbeit aber außerhalb zu geschehen habe. Die erledigen sie dann entweder am Biertisch oder manchmal auch in einer Partei.“³²⁾

Der Bericht zeigt im übrigen, wie unter den Intellektuellen der Neuen Linken Resignation und Hoffnung dicht beieinanderliegen können; er dokumentiert den praktisch erlebten Zwiespalt zwischen einer totalen Auffassung von Gesellschaft einerseits, derzufolge alles dem herrschenden System einverleibt ist, und dem beharrlichen Glauben an die Notwendigkeit der schrittweisen Veränderung und Verbesserung von konkreten Verhältnissen im grauen Alltag sozialer Benachteiligung andererseits. Dies freilich sind praktische Schritte, die sich kaum durch große Theorien, vielmehr ausschließlich durch die konkrete Hilfe für die Unterprivilegierten legitimieren lassen. „Unsere Erwartungen auf schnelle gesellschaftliche Veränderungen, die uns einer Gesellschaft, in der Sozialarbeit überflüssig sein wird, näher bringen, haben sich nicht erfüllt. Statt dessen wissen wir mehr über die Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen und unsere mögliche Rolle in diesem Prozeß.“³³⁾ Dazu gehört übrigens auch die Einsicht, daß es unmöglich ist, die „Opfer“ politisch zu organisieren, worauf die Theoretiker verfallen waren.

Dennoch hat diese Theorievariante bei der Neuen Linken, vor allem unter dem Einfluß Marcuses, lange Zeit eine wichtige Rolle ge-

spielt. Es war die Auffassung, daß der Widerstand gegen das bestehende, alles beherrschende technokratische System des entwickelten Kapitalismus jetzt von den „systemisch“ Unterprivilegierten und Vernachlässigten (zu denen sich manchmal auch die Studenten selber rechneten) ausgehen müßte. Dazu zählten nicht mehr in erster Linie die Arbeiter, die dank der ökonomischen Verbesserung ihrer Lage und dank der gelungenen Integration in den Verwertungsprozeß bereits zu jenen sozialen Gruppen gerechnet wurden, die mit Erfolg in der Lage wären, ihre sozialen Interessen (in freilich durch das Kapital begrenztem Maße) zu vertreten. Dazu rechneten vielmehr jene sozialen Schichten und Gruppen, die im sozialpolitischen Verteilungskampf keine eigene Stimme haben, weil sie nicht organisiert sind, oder die sich zwar bemerkbar machen, aber nichts durchsetzen können, weil sie über keine strategische Position im Bereich der Produktion verfügen. Claus Offe hat diese der pluralistischen Wirklichkeit halbwegs nahe kommende These zu einer Theorie der Entstehung gesellschaftlicher Disparitäten im Spätkapitalismus ausgebaut³⁴⁾. Diese Theorie hat direkt oder indirekt auch die vorherrschenden politischen Konzeptionen über soziale Ungleichheit und eine gerechtere Sozialpolitik stark beeinflusst.

Heute ist es nämlich gang und gäbe, Kranke, Obdachlose, Arme, Behinderte, alte Menschen, Rentner und dergleichen (manchmal selbst die Frauen und die Kinder) als zusammengehörige soziale Randgruppen aufzufassen, als Gruppen also, die am Rande der Gesellschaft stehen, unterprivilegiert und vernachlässigt sind. In der Tat gibt es für diesen neuen konstruierten, die herkömmliche Klassen- oder Schichtensoziologie unterlaufenden Typus disparitärer Lebensbereiche in der Regel nicht die üblichen Organisationsmerkmale sozialer Verbandsbildung. Auch trifft es zu, daß die genannten Gruppen im Produktionsprozeß keine wesentliche Rolle spielen; sie sind höchstens als Konsumenten von Interesse. Deshalb können sie nicht, wie z. B. die Gewerkschaften oder die Arbeitgeberorganisationen, Konflikte untereinander oder mit dem Staatsapparat austragen und ihre gesellschaftliche Macht zur Geltung bringen. Dies hat zur Folge „das strukturelle Zurückbleiben der Lebensbereiche und sozialen Gruppen und Be-

³⁰⁾ Ebd., S. 129.

³¹⁾ Hollstein (Anm. 24), S. 43.

²³⁾ A. Berger, Sozialklempner oder Anwalt der Betroffenen?, in: Kursbuch Nr. 40 (1975), S. 37.

³³⁾ Ebd., S. 46.

³⁴⁾ C. Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: G. Kress, D. Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt/M. 1969, S. 155 ff.

dürfniskategorien, die keine systemrelevanten Risiken provozieren können und deshalb einen weniger gewichtigen Anspruch auf politische Interventionen erheben können“³⁵⁾.

An die Stelle des Pauperismus des frühkapitalistischen Proletariats trete ein moderner Pauperismus der *depressed areas* und der davon betroffenen sozialen Gruppen. Offe nennt die Bereiche Bildung, Verkehr, Wohnung und Gesundheit als Beispiele. Die Ungleichheit der Lebensbereiche wird besonders gern durch einen Vergleich der optimalen technischen und sonstigen Ausstattung der Militärapparate mit der „Bildungsmisere“ oder dem „Verkehrschaos“ oder der „Umweltkatastrophe“ oder der nicht ausreichenden Krankenversorgung unterstrichen. Während den Beschaffern von Kriegsgerät für die Bundeswehr nur das Aufwendigste und Teuerste gut genug sei, fehle es unserer Gesellschaft an Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Erholungsheimen, Psychoanalytikern etc., etc. — ein eben so beliebtes wie variables Argumentationsmuster. „Die Leidtragenden sind die echte Not Leidenden an den Elendsgrenzen der Marktwirtschaft ebenso wie wir alle, die in vielen Lebensbereichen der Lebensqualität und Reformen verlustig gehen.“³⁶⁾ Auch wer erkennt, daß es in unserer Gesellschaft Randgruppen mit struktureller Unterprivilegierung gibt und die Sozialpolitik in diese Richtung reformieren möchte, wird die linke Randgruppentheorie kaum als hilfreiches Analyseinstrument einschätzen. Sie ist undifferenziert und überzogen.

Offes ebenso interessante wie kühne Theorie über die Entstehung neuer Formen sozialer Ungleichheit war nicht nur der Versuch, der in der Studentenbewegung durchgebrochenen *Neuen Sensibilität* in bezug auf soziale Ungerechtigkeit und Privilegierung plausible Theoriestützen zu liefern, sie diente *en passant* auch der Widerlegung der traditionellen marxistischen Klassentheorie, derzufolge alle Phänomene sozialer Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft auf den Klassengegensatz und den in ihm sich artikulierenden Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital zurückgeführt werden müssen. Die neuen Formen sozialer Ungleichheit, so meinte er, ließen sich nicht mehr als unmittelbarer Reflex ökonomisch definierter Klassenverhältnisse erklären, sie seien vielmehr als Begleiterscheinungen eines umfassenden politischen

Steuerungssystems zu interpretieren, mit der Folge, daß es der Politik angesichts der Entstehung sozialer Ungleichheit immer schwerere falle, sich gegenüber den in wachsender Zahl davon betroffenen Bürgern zu legitimieren³⁷⁾. Dieser Ansatz wurde dann zur Theorie von der Legitimitätskrise des politischen Systems fortentwickelt, jenes gegenwärtig bevorzugte Bewegungsfeld der Nachfahren der Kritischen Theorie, die aufgrund ihrer stärker durch die Empirie vermittelten Einsicht in den Zustand der Gesellschaft nicht bereit waren, den orthodoxeren Weg der Marxschen „Klassenanalyse“ zu gehen.

Klassenanalyse

Während sich so der Impuls jener Theoretiker, die einigen Einsichten der Kritischen Theorie verpflichtet blieben, stärker auf die Entstehung neuer sozialer Ungleichheiten richtete, galt nach der symbolischen Wiederentdeckung des Proletariats das Interesse zahlreicher anderer Theorie-Linker der Dekretierung bzw. Erforschung der Klassengesellschaft der Bundesrepublik. Im Ergebnis freilich waren sich beide Gruppen ziemlich einig: Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist eine Klassengesellschaft, sei es mit den alten, sei es mit neuen Klassen; diese Gesellschaftsform ist unhaltbar, da sie auf einem nicht zu rechtfertigenden und „selbstnegatorischen“ Prinzip beruht, dem der privaten Aneignung einer insgesamt vergesellschafteten Produktion. Sie kann, ungeachtet der immer wieder konstatierten „Gewalt“ der gesellschaftlichen Verhältnisse, die in ihr grundgelegten antagonistischen Widersprüche nicht abschütteln. Da die Arbeiterklasse mit Karl Marx als die allein relevante politische Gegenmacht verstanden wird, geht es in den orthodoxeren Ansichten oder theoretisch angeleiteten Abhandlungen über die soziologische Verfassung der deutschen Gesellschaft im wesentlichen um die Frage, woran man ihren Klassencharakter festmachen kann und welche Funktion der Arbeiterschaft in den „Klassenkämpfen“ der deutschen Gesellschaft zukommt. Gelegentlich vermischen sich dabei einige Aspekte der Randgruppen- oder Disparitätentheorie mit den herkömmlicheren Formen marxistischer Klassenanalyse.

Die zahlreichen Untersuchungen über „Gesellschaftsstrukturen“³⁸⁾, über das „Bewußtsein der Arbeiter“³⁹⁾, die verschiedenartigen

³⁵⁾ Ebd., S. 184.

³⁶⁾ H. P. Widmaier, Restriktive Bedingungen der Sozialpolitik. Kritische Analyse der Interaktion von Wissenschaft und Praxis am Beispiel der Sozialpolitik, unveröff. Manuskript, Nov. 1974, S. 16.

³⁷⁾ Offe (Anm. 34), S. 177.

³⁸⁾ K. Meschkat, O. Negt (Hrsg.), Gesellschaftsstrukturen, Frankfurt/M. 1973.

³⁹⁾ F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971.

Projekte einer „Klassenanalyse“ etc. reiben sich allesamt mit besonderer Vehemenz an der Mitte der fünfziger Jahre aufgestellten These des Soziologen H. Schelsky, der die Gesellschaft der Bundesrepublik als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ charakterisierte. Der marxistisch gewordene Soziologe U. Jaeggi übernimmt zwar an einer Stelle seines Buches über die Bundesrepublik genau diese These, wenn er sagt: „In unserer Gesellschaft sind die Werte der Mittelschicht die herrschenden Werte“⁴⁰⁾, aber diesen, alles Vorherige Lügen strafenden Satz schreibt er in einem Zusammenhang, in dem er zeigen will, daß die Kinder der Unterschicht durch diesen Umstand von vornherein diskriminiert und benachteiligt werden. Ansonsten hält er gar nichts von der Schelskyschen Theorie und auch nichts von der These Habermas' über die „Stillegung des Klassenkampfes“. Vielmehr wirft er den nicht auf seiner Linie liegenden „bürgerlichen“ Soziologen pauschal vor, weder das politisch-ökonomische System noch die Sozialstruktur der Bundesrepublik theoretisch und empirisch hinreichend untersucht zu haben. Er hält es statt dessen lieber mit strammen Aussagen aus der Werkstatt orthodoxer Theorie: „Der Klasse der Kapitaleigentümer und ihrer politischen Funktionäre stand daher (in der Bundesrepublik) nach wie vor die Masse der lohnabhängigen Arbeiter, Angestellten und kleinen und mittleren Beamten gegenüber.“⁴¹⁾

Die Begründung des Klassenverhältnisses als eines auch empirisch gegebenen erfolgt in der Regel nach der bekannten marxistischen Unterscheidung zwischen Besitzern und Nichtbesitzern von Produktionsmitteln. Weil diese Unterscheidung auch im heutigen Kapitalismus zum großen Teil noch fortbesteht, existiert natürlich auch das Klassenverhältnis fort. Aber so einfach und klar das Unterscheidungskriterium der Theorie ist, die Sache selbst, das heißt: das empirische Studium der Klassenverhältnisse, ist schwieriger als zu Marx' Zeiten, wenn man fündig werden will. Darum bekennt sich eine Gruppe von Soziologen zwar zu den „methodischen Mitteln der Marxschen Klassentheorie“, fügt jedoch gleich hinzu, diese Klassentheorie sei nicht einfach vorgegeben, vielmehr hänge die Möglichkeit ihrer innertheoretischen Entfaltung von der Form und der Intensität aktueller Klassenkämpfe ab⁴²⁾. (Dies ist wieder eine jener sattsam bekannten marxistischen Aus-

weichstraßen! — Wie soll man Klassenkämpfe überhaupt orten und analysieren können, wenn man die Theorie dafür noch gar nicht hat, da diese sich erst in ihnen entfaltet?) Besser haben es da freilich diejenigen, die die Klasse schon erkannt haben: „Seit den Septemberstreiks 1969 ist die Arbeiterklasse als Klasse wieder eine politische Tatsache.“⁴³⁾

„Klassenanalyse“ in dem zumeist praktizierten Sinn ist oft zu fünfzig Prozent Darstellung und Kritik der die Klassensituation leugnenden oder modifizierenden bürgerlichen Auffassungen, gefolgt von der sich daraus anscheinend ergebenden Schlußfolgerung, „weder die Fiktion eines Klassengrenzen abbauenden Wohlfahrtsstaates noch die begrenzte Bedeutung von Disparitäten (könne) eine Darstellung der Sozialstruktur der BRD aus einem differenziert begriffenen Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital abwehren“⁴⁴⁾. Das heißt, es hat sich seit Marx prinzipiell nichts geändert. In puncto konkreter Analyse werden wir jedoch ziemlich im Stich gelassen. Außer der bedeutsamen Erkenntnis, daß einige der Gruppen der Angestellten (die Manager) wohl besser der allgemeinen Kapitalistenklasse zuzurechnen wären, und daß man die zahlenmäßig immer stärker werdende Gruppe der technischen Intelligenz dem „produktiven Gesamtarbeiter“ zuschlagen müßte, erfahren wir nicht viel, es sei denn, man hält es für Klassenanalyse, wenn man feststellt, daß die „eigentlichen Produzenten“, also die Arbeiter, in bezug auf ihren Lebensstandard immer noch schlechter dastünden als die restlichen Inhaber der Produktionsmittel, oder wenn man aus einer Vermögensverteilungsstatistik „die fortschreitende Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ herausliest⁴⁵⁾.

Andere Autoren halten „Unterprivilegierung“, verstanden als soziale Ungleichheit zwischen Arbeitern und Kapitalisten, für einen Beweis dafür, daß die Arbeits- und Betriebsverhältnisse weiter durch die Klassenlage geprägt wären. Die auch von ihnen nicht gut zu übersehende Tatsache, daß „es den Arbeitern zunehmend schwerfiel, den Klassencharakter des kapitalistischen Systems zu identifizieren und gegen die herrschenden Verhältnisse zu kämpfen“, erklären sie mit einem „Zwang zur Anpassung“, mit der Preisgabe jeder Hoffnung der Arbeiter auf grundlegende Veränderung, mit Resignation vor

⁴³⁾ Rote Hilfe West-Berlin, Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken, in: Kursbuch Nr. 31 (1973), S. 42.

⁴⁴⁾ J. Ritsert, C. Rolshausen, Zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland, in: Gesellschaftsstrukturen (Anm. 38), S. 29.

⁴⁵⁾ Ebd., S. 38.

⁴⁰⁾ Jaeggi (Anm. 10), S. 242.

⁴¹⁾ Ebd., S. 37, nach Tjaden-Steinhauer/Tjaden, Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus, in: Das Argument 61, 1970, S. 654.

⁴²⁾ Gesellschaftsstrukturen (Anm. 38), S. 10.

der Übermacht der bestehenden Verhältnisse⁴⁶⁾. Ihr setzen sie ihrerseits die Hoffnung entgegen, die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus ließen sich durch „politische Praxis“ an die Oberfläche bringen und den Arbeitern einsichtiger machen. Dafür sehen sie Chancen in der „wachsenden Irrationalität des Systems“. Nach ihrer Auffassung befindet sich der Kapitalismus in Ländern wie der Bundesrepublik heute in einer Phase, „die seine Überwindung objektiv notwendig und möglich erscheinen läßt“⁴⁷⁾. Der Band, dem diese Beispiele entnommen sind und dessen professorale Herausgeber es sich vorgenommen hatten, die „Zauberformeln der bürgerlichen Soziologie“, wie z. B. „organisierter Kapitalismus“ oder „sozialstaatlich verfaßte Massendemokratie“, zu durchbrechen⁴⁸⁾, endet sinnigerweise mit einer Studie über „Gesellschaftsklassen und Gesellschaftsschichten im tropischen Afrika“.

Vielleicht mag es auf dem Feld der Klassenanalyse Besseres geben als das uns vor Augen gekommene Material. Auffällig ist jedenfalls, daß die Klassifizierung der untersuchten Gesellschaft als Klassengesellschaft stets

schon vorab jeder Analyse vorgenommen wird, das Ergebnis also immer schon feststeht. Es lautet: Die Bundesrepublik ist eine Klassengesellschaft, denn sie basiert auf der kapitalistischen Produktionsweise; diese Produktionsweise bringt zwei verschiedene Klassen hervor, etc., etc. Man kann es bei Marx nachlesen, dessen über hundert Jahre alten Schriften denn auch stets ausgiebig als Beleg für die eigentlich zu beweisende These bemüht werden. Differenzen in der Klassenanalyse gibt es lediglich über Fragen der Zuordnung bestimmter Gruppen, z. B. der technischen Intelligenz oder der Intellektuellen zur jeweiligen Klasse. Durch die seit Marx eingetretene Veränderung der Gesellschaftsstrukturen und — nicht zuletzt — die revolutionäre Sensibilisierung von Studenten und anderen Randgruppen war die Erweiterung der Klassenanalyse über das Proletariat hinaus ohnehin unausweichlich geworden. Gleichwohl: die Bundesrepublik ist, wie sehr sie sich an ihrer sozialen Oberfläche auch wandeln mag, eine Klassengesellschaft. Daran darf nicht gerüttelt werden. Dabei muß es bleiben, solange noch irgendwo „Mehrwert“ produziert wird.

3. Typische Denkmuster linker Polit-Analyse

Bei den Ansichten, welche die linke Theorie über Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik verbreitet (es fällt zuweilen schwer, sie als wissenschaftliche Analysen zu bezeichnen, sofern Wissenschaft die Verpflichtung zu Wahrheit und Objektivität einschließt), sind eine Reihe von typischen Denkmustern wirksam, die es der Theorie erlauben, sich entweder überhaupt nicht mit den konkreten, empirisch zu ermittelnden Verhältnissen eines Landes zu befassen, oder aber ihnen eine Interpretation angedeihen zu lassen, bei der solche Ergebnisse herauskommen können, wie wir sie oben kennengelernt haben. Die einfachste und am häufigsten praktizierte Art der Auseinandersetzung ist zugleich die abstrakteste: Sie sieht in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik das System einer „bürgerlichen Gesellschaft“ oder einer „kapitalistischen Gesellschaftsformation“ verwirklicht und traktiert die bürgerliche Gesellschaft oder den ‚Spätkapitalismus‘ als solchen. Hebt

man den Untersuchungsgegenstand auf diese Stufe der Abstraktion, so kann man sich um so leichter dem Spiel der Theorie hingeben, da es von keinem Sich-Einlassen auf die komplexe Wirklichkeit gestört wird. Man spult die theoretischen Erkenntnisse, die man sich beim Studium der Klassiker und ihrer treuen und weniger treuen Interpreten erworben hat, einfach herunter, vielleicht garniert mit ein paar passend erscheinenden Beispielen aus dem Erfahrungsbereich der Bundesrepublik und bezeichnet das Ganze als eine Analyse „bürgerlicher Herrschaft“ oder des „kapitalistischen Staates“, die im Prinzip auch für die Bundesrepublik gelte. Stellt man mit Altvater immerhin fest, daß z. B. in den kapitalistischen Vereinigten Staaten das Gesundheitswesen vorwiegend privat, in der gleichfalls kapitalistischen Bundesrepublik hingegen vorwiegend öffentlich organisiert sei, so verweist man flugs darauf, daß „die Übernahme allgemeiner Produktionsbedingungen durch den Staat von der historischen Lage eines Landes“ abhängt. Mit diesem Hinweis aufs historisch Verschiedene muß man jedoch gerade den eigentlichen Anspruch der Theorie preisgeben, die konkreten historischen Erscheinungsformen kapitalistischer Herrschaft

⁴⁶⁾ H. Kern, M. Schumann, Zum politischen Verhaltenspotential der Arbeiterklasse, in: Gesellschaftsstrukturen (Anm. 38), S. 132.

⁴⁷⁾ Ebd., S. 154.

⁴⁸⁾ Vorwort zu Gesellschaftsstrukturen (Anm. 38), S. 10.

erklären zu können⁴⁹⁾. Die Konzentration auf die abstrakte Darstellung der Theorie und ihrer Varianten wird immer erkauft durch den Verzicht auf empirisch verlässliche, historische Konkretisierung, wiewohl gerade diese Theorie so pathetisch für sich in Anspruch nimmt, eine historische zu sein.

Das Verfahren normativer Abstraktion

Neben dieser Flucht aus den komplexen Verstrickungen empirischer Verhältnisse unter die schützenden Fittiche abstrakter Theorie — eine Tendenz, die in der Neigung zu abstrakter Theorie- und Modellbildung in den modernsten Sozialwissenschaften ihre interessante Parallele hat — ist ein zweites Denkmuster symptomatisch für die Art und Weise, wie linke Theorie mit den politischen und sozialen Verhältnissen, die sie in der Bundesrepublik vorfindet, fertig wird. Auch diese Methode beruht auf dem Prinzip der Abstraktion, doch es werden jeweils nur bestimmte Normen, Begriffe oder Sachverhalte aus ihrem gewohnten Verständniszusammenhang herausgelöst, sodann bewußt übersteigert und anschließend kritisch auf die soziale und politische Wirklichkeit bezogen. Dieses Verfahren, das freilich nicht allein im Rahmen marxistischer Wissenschaft praktiziert wird, sondern allen normativen Theorien zugrunde liegt, eignet sich ausgezeichnet zur kritischen Verurteilung bestehender Verhältnisse. Auf ihm beruht die auf der Linken ständig benutzte Entgegensetzung von Verfassung und Verfassungswirklichkeit, auf dieser Basis operiert die radikale Verfassungsinterpretation mit ihrer oft massiven Kritik an den herrschenden Lehren über das Grundgesetz.

Es handelt sich dabei — wie erwähnt — nicht um ein typisch „linkes“ Verfahren. Bis zu einem gewissen Grade beruht ja die Wirkung aller intellektuellen Kritik darauf, daß es ihr gelingt zu zeigen, daß die Verhältnisse nicht das sind, wofür sie sich ausgeben, und daß bestimmte kritisierbare Sachverhalte immer auch gewisse Rückschlüsse auf die gesamte Situation des Staates und der Gesellschaft nahelegen. „Links“ ist diese Methode immer dann, wenn die Übersteigerung der normativen Urteilkriterien über die bestehenden Verhältnisse entweder dem Begriffs- und Ideenapparat sozialistischer Theorie entnommen wird oder als bewußt *utopische* gesehen

werden muß. So ist z. B. die bei allen linken Theorien zentrale Idee der Gleichheit im Sinne einer absoluten Egalität eine solche Utopie. Da aber Gleichheit auch zum Wertekatalog der bürgerlichen Demokratie gehört (auch wenn linke Verfassungskritiker zwischen Gleichheit und Gleichheit vor dem Gesetz oft nicht mehr unterscheiden können), kann linke Kritik immer auch so tun, als würde sie nur dem bürgerlichen Verfassungsverständnis auf die Sprünge helfen und den Verschleiß seiner Grundwerte aufhalten wollen. Deshalb gibt es einen fließenden Übergang von liberalen zu linksliberalen bis hin zu linksradikalen Interpretationen des Grundgesetzes und des politischen Geschehens, und deshalb fällt es auch so außerordentlich schwer, die möglichen Gegner einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung von ihren Freunden klar zu unterscheiden. Wieso soll jemand ein „Verfassungsfeind“ sein, der nichts anderes tut, als eben diese Verfassung vor ihren „Relativierern“ zu schützen und bestrebt ist, ihre „Deformierung“ (Abendroth)⁵⁰⁾ rückgängig zu machen?

Eine Theorie, so formuliert es einer, die um der Emanzipation aller willen betrieben werde, müsse „die Unterdrückten mit einem scharfen Maßstab“ ausstatten⁵¹⁾. Nichts anderes leistet linke Theoriebildung, wenn sie sich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik in einer Weise auseinandersetzt, daß normalen Sterblichen (= Bürgern) das Hören und Sehen vergeht. Der scharfe Maßstab, die vielgerühmte „Waffe der Kritik“ (Marx), ist die Orientierung an dem, was als „objektiv möglich“ angesehen wird. Die bestehenden Verhältnisse werden nicht an Kriterien gemessen, die aus der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Stoff der Wirklichkeit gewonnen und fortentwickelt werden, sondern an fiktiven Potentialitäten, an harmonischen Synthesen, an utopischen Modellen. Indem das Potentielle als das real Mögliche, die harmonische Synthese als das erreichbare Ziel, das utopische Modell als das wirkliche Bild einer Zukunft vorgestellt werden, gewinnt linke Theorie einen Standpunkt außerhalb der realen Lebenswelt, von dem aus das sich in der Gesellschaft Begebende nicht nur als unvollkommen, sondern als widersprüchlich, anarchisch und reaktionär erscheinen muß. Wer im Banne solcher Theorie denkt und ar-

⁴⁹⁾ Zit. nach A. und G. Schwan, Sozialdemokratie und Marxismus. Zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974, S. 233.

⁵⁰⁾ W. Abendroth, B. Dietrich, Chancen des Grundgesetzes, in: F. Hitzer und R. Opitz (Hrsg.), Alternativen der Opposition, Köln 1969, S. 103.

⁵¹⁾ B. Winterer, Traktat über Elend und Bedürfnis. Vorüberlegungen zu einer Theorie der Verelendung, Hamburg 1973, S. 40.

gumentiert, wer die von ihr bewußt übersteigerten normativen Ansprüche an das Leben der Gesellschaft für reelle Kriterien nimmt, der kann sich in einer von soviel Unvollkommenheit, Feindseligkeit und humaner Rückständigkeit geprägten bürgerlichen Welt in der Tat nicht „zu Hause fühlen“⁵²⁾ — oder er ist schlicht schizophren, indem er sein Denken und Handeln auseinanderreißt, wofür bei nicht wenigen linken Intellektuellen einige Indizien sprechen. „Sie haben den Handschuh wieder geworfen, diesmal sozial . . . Man lebt ja nicht schlecht dabei, in München-Schwabing zum Beispiel.“⁵³⁾

Gegenüber einer solchen Position haben es alle Liberalen natürlich schwer, die glauben, die Unvollkommenheit der Verhältnisse zwar prinzipiell nicht überwinden, doch immer wieder von Neuem zugunsten von etwas Besserem — sozusagen nach oben — korrigieren zu können. Gegenüber den normativen Übersteigerungen der auch von ihnen vertretenen Werte wie Demokratie, Gleichheit, soziale Wohlfahrt, die ihnen von der linken Theorie so penetrant und zugleich idealistisch unter die Nase gehalten werden, müssen sie sich auf das undankbare Geschäft des *Abwiegelns* verlegen: Demokratie sei in der Massengesellschaft mit wirksamer Beteiligung aller eben nicht möglich, Chancengleichheit nicht absolut, sondern nur in Grenzen realisierbar, soziale Gerechtigkeit sei immer mit Mängeln und Defiziten behaftet, und so weiter. Wenn sie solches tun, verfallen sie zwar nicht mehr dem üblichen Verdikt, bloß Ideologien zu verbreiten, aber sie riskieren den vielleicht noch gravierenderen Vorwurf, die Grundwerte unserer Verfassung nicht genügend ernst zu nehmen. In dem Maße, in dem durch das Eindringen verabsolutierter Maßstäbe in das politische Bewußtsein die naturgegebene Spannung zwischen normativer Zielsetzung und gesellschaftlicher Realität maßlos überdehnt wird, wird auch der Konsensus der politisch maßgeblichen Gruppen und damit die Grundlage ihrer Legitimität einer stärkeren Belastung ausgesetzt. Denn sie können sich gegenüber den aus dem neuen Theoriebewußtsein hergeleiteten radikalen Forderungen und Ansprüchen nicht völlig immunisieren, da sie nominell die gleichen Werte hochhalten. Parteien der linken Mitte wie die SPD trifft diese Wandlung im politischen Bewußtsein natürlich direkter und schwerer als weiter rechts stehende politische Gruppierungen.

⁵²⁾ So die von der Linken verhöhnende Formel des Bundesverfassungsgerichts im Urteil über den Radikalerlaß 1975.

⁵³⁾ Krüger (Anm. 19), S. 102.

Das Verfahren der Immunisierung nach außen

Eine dritte typische Reaktion linker Theorie in ihrer Auseinandersetzung mit den „bürgerlichen“ Demokratien ist schließlich die weitgehende Immunisierung ihrer Inhalte gegenüber direkten Vergleichen mit Gesellschaften, die bereits die Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinter sich haben. Hier gibt es mehrere Varianten: Eine zu Beginn der Studentenbewegung besonders häufig anzutreffende Auffassung war die, daß die bestehenden sozialistischen Gesellschaften, insbesondere die Sowjetunion und die DDR, den wahren Sozialismus nicht verwirklicht, sondern in bürokratische Fesseln gelegt hätten. Hinweise auf Erscheinungen in diesen Ländern galten somit als kein ernst zu nehmen. Der Einwand gegen die Theorie, denn man tat einfach so, als könnte man aufgrund besserer theoretischer Erkenntnis und unter Nutzung der menschlichen Spontaneität den angestrebten Sozialismus viel besser machen, als er bislang praktiziert worden war. Es war dies ein völlig unhistorisches, aus der Überheblichkeit geborenes und utopisches Denkmuster, *Polit-Träumerei*, wenn man es boshaft ausdrücken will.

Die zweite Variante der Immunisierung orientiert sich zwar an bereits bestehenden sozialistischen Systemen, sei es die DDR oder die Volksrepublik China oder Kuba, aber sie arbeitet nicht oder nur ganz selektiv mit empirisch ermittelten Kenntnissen über die Wirklichkeit des jeweiligen sozialistischen Systems, sondern nimmt statt dessen die von den betreffenden Systemen monopolistisch verbreiteten ideologischen Selbstinterpretationen für die Wirklichkeit im Sozialismus. So haben Wissenschaftler der Universität Marburg vor Jahren einen Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorgelegt, bei dem sie sich im Falle des zweiten deutschen Staates völlig unkritisch auf die herrschende Ideologie des DDR-Systems stützten, während sie die Bundesrepublik mit den oben beschriebenen Mitteln linker Polit-Analyse in Grund und Boden kritisierten. Ideologiekritik gibt es offensichtlich nur gegenüber dem „falschen Bewußtsein“ der bürgerlichen Gesellschaft, vor dem Sozialismus macht sie halt. Im Stile solch *einäugiger Wissenschaftlichkeit* befassen andere sich zwar mit bestimmten empirischen Phänomenen in der DDR, aber entweder handelt es sich um Ausschnitte wie z. B. um Studien über die polytechnische Ausbildung oder den Anteil von Arbeiterkindern unter den Studenten, die man der westdeutschen „Bildungsmisere“ als Spiegel vorhalten kann, oder man beschäftigt sich mit marxisti-

scher Theorie und Praxis in der DDR bzw. mit DDR-Theorien über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD“, um den „Genossen von drüben“ eine freundliche Lehre darüber zu erteilen, wie marxistische Theorie richtig verstanden und angewandt wird.

Das beherrschende Denkmuster ist freilich die absichtsvolle Immunisierung der eigenen Theorie gegenüber allen Einwänden aus der Erfahrung von Gesellschaften, in denen sozialistisches Bewußtsein bereits zur Herrschaft gelangt ist. Entweder man verbietet aus „wissenschaftlichen Gründen“ jeden Systemvergleich, weil es sich um inkommensurable Größen handele und es nicht zulässig sei, so verschiedenartige Gesellschaftsformen mit den gleichen methodischen Mitteln zu untersuchen, oder man betreibt ein Vexierspiel, indem man z. B. die Umweltkrise in der Bundesrepublik allein dem kapitalistischen System anlastet, aber nicht zur Kenntnis nehmen will, daß es analoge Erscheinungen auch in der sozialistischen Industriegesellschaft der Sowjetunion und der DDR gibt. „Der Satz, demzufolge der ‚Kapitalismus‘ schuld sei, wird hier um den Preis seiner Glaubwürdigkeit verteidigt; dabei wird die Tatsache, daß auch in den sozialistischen Ländern die Umweltzerstörung bedrohliche Ausmaße angenommen hat, nicht einmal bestritten, sondern einfach ignoriert; wer mit dieser Art, Wissenschaft zu treiben, nicht einverstanden ist, macht sich des Systemvergleichs schuldig und wird als Anti-

kommunist, als eine Art ökologischer Springer, denunziert.“⁵⁴⁾

Schließlich kann man auch Erklärungen wie die folgende feilbieten: „Wenn sozialistische Gesellschaften ähnliche Sorgen haben, worauf man gern schadenfroh verweist, so belegt dies die Konvergenztheorie mitnichten; es belegt im Gegenteil, wie hoch die Hypotheken sind, die der Kapitalismus hinterläßt“⁵⁵⁾. Selbst ein mangelhaft funktionierender Sozialismus, mag er auch schon über fünfzig Jahre im Aufbau sein, wird hier noch dem Kapitalismus zur Last gelegt!

Ziel dieser Abschirmungsstrategie der Theorie gegenüber skeptischen Einwänden aus dem Erfahrungsbereich sozialistischer Praxis ist es, die kritischen Befunde über das System bürgerlicher Herrschaft nicht durch die Einsicht in die Unvollkommenheiten nichtbürgerlicher politischer Systeme zu relativieren und zu entwerten. Im übrigen könnte die Theorie, die ja die gesellschaftliche Erneuerung und Vervollkommnung von der Umwälzung der ökonomischen Basis der Gesellschaft herleitet, selbst Schaden nehmen, sollte sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß auch der Sozialismus den „neuen Menschen“ noch nicht erschaffen hat, sondern an der Unvollkommenheit des alten Adam anscheinend ebenso kränkelt wie die bürgerliche Gesellschaft.

⁵⁴⁾ H. M. Enzensberger, Palaver. Politische Überlegungen, Frankfurt/M. 1974, S. 206.

⁵⁵⁾ Winterer (Anm. 51), S. 94.

Extremismus und Radikalismus

Eine Kontraststudie

I.

Die angesehene Zeitschrift „Neues Hochland“ widmete ihr letztes Heft, das im November/Dezember 1974 erschienen ist, dem Thema „Radikale“. Dort wurde im Vorspann erklärt, es gäbe in der deutschen Sprache kaum einen anderen Begriff, der so gründlich mißverstanden werde wie der Begriff „radikal“: „Nicht wenige Landsleute mögen dem Irrtum erliegen, radikal und Radau hätten dieselbe sprachliche Wurzel, obwohl das eine Wort aus dem Lateinischen und das andere aus der Berliner Umgangssprache abgeleitet wird.“ Zum Schluß hieß es dann: „Christ sein und radikal sein — das sind keine Gegensätze. Es sollte vielmehr dasselbe sein: denn Christus ist die Wurzel aller Dinge.“

Immerhin ist denjenigen, die den Begriff „radikal“ oder „Radikalismus“ mißverstehen, zugute zu halten, daß der Terminus nicht ganz eindeutig ist. Dieses Schicksal teilt er mit so manchen anderen politischen bzw. in der Gesellschaft gebräuchlichen Begriffen. Wie vielschichtig solche Termini sind und wie sehr sie sich im Laufe der Zeit zu verändern vermögen, zeigt ja der Bedeutungswandel von Ausdrücken wie Demokratie und Diktatur, Liberalismus und Sozialismus. Unter Demokratie verstand man einst einen recht eindeutigen Sachverhalt — dieser wurde auf der Rechten verdammt, auf der Linken umjubelt. Heute

dient Demokratie allzu oft als verschwommene Leerformel, zu der sich jeder zu bekennen vermag — rechts, in der Mitte und links.

Auch die Ausdrücke Radikaler und Radikalismus sowie radikal sind kaum weniger verschiedenartiger Interpretation ausgesetzt. So hat Max Horkheimer¹⁾ zwischen „radikal“ und „radikalistisch“ unterscheiden wollen: „radikal“ bedeutet, ein Ziel um der Sache willen verwirklichen zu wollen; ‚Radikalismus‘ jedoch hat die Tendenz einer Gesinnung, der es nicht so sehr auf die Sache ankommt als vielmehr darauf, eine unerbittliche Haltung einzunehmen und unter keinen Umständen zu Konzessionen bereit zu sein. Das scheint mir der Unterschied zwischen ‚radikal‘ und ‚radikalistisch‘ zu sein.“

In unseren Ohren klingt das Wort „radikalistisch“ ähnlich schlecht wie der Terminus „liberalistisch“, der von den Nationalsozialisten populär gemacht wurde. Wir ziehen daher die Bezeichnung „extrem“ bzw. „Extremismus“ vor, wobei wir Extremismus überwiegend negativ, Radikalismus verglichen damit, aber auch im Prinzip, eher positiv bewerten. Das bedarf natürlich einer Begründung. Bevor wir an Hand dieser die Problematik des Radikalismus weiter verfolgen wollen, seien jedoch zunächst einige Bemerkungen zur Geschichte des Begriffes Radikalismus gestattet.

II.

Dem irischen Historiker W. E. H. Lecky²⁾ zufolge wurde in England das Wort „radikal“ mit seinen Derivativen im 18. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Verbreitung demokratischer Ideen gebraucht. Als Geburtsjahr nennt er das Jahr 1769 mit dem vergeblichen Versuch einer Parlamentsreform. Da diese ausblieb, sprach noch ein Vierteljahrhundert spä-

ter James Fox von der Notwendigkeit einer „radikalen Reform“. Zwischen 1815 und 1832 wurde der Ausdruck häufiger gebraucht. Von England aus fand der Begriff auch Verbreitung in den Ländern, in denen die humanitären und demokratischen Ideale der vorrevolutionären französischen und englischen Aufklärer die Programme des sozialen Wandels prägten. Im Viktorianischen Zeitalter galten Bentham und seine Anhänger als „philosophical radicals“. So bildet sich ein „radikaler“ linker Flügel in der neuen Liberalen Partei,

¹⁾ Radikalismus, in: H. J. Schultz (Hg.), Politik für Nichtpolitiker — ein ABC zur aktuellen Diskussion, Bd. 2, Stuttgart 1970, S. 98.

²⁾ Radicalism, in: Encyclopaedia of the Social Sciences, vol. 13, New York 1934, S. 51 ff.

als diese die Erbschaft der alten Whigs antrat. Auch in der Schweiz, Dänemark und Frankreich heißen die Linksliberalen und entschiedeneren Demokraten bis auf den heutigen Tag Radikale. In Frankreich schlossen sich die die Tradition der Jakobiner, Gambettas und Clemenceaus fortführenden, sich auf das Kleinbürgertum und die Bauernschaft stützenden Parteien 1901 zur Parti republicain radical et radical-socialiste zusammen, die in der Dritten Republik zur führenden Partei wurde. Sie stand trotz ihres Namens rechts von den eigentlichen Sozialisten, bildete freilich mit diesen und den Kommunisten 1936 die Volksfront. 1968 waren die Radikalen in der Nationalversammlung nur noch mit 13 Abgeordneten vertreten.

In der stets ganz locker strukturierten Partei bestanden meist erhebliche Spannungen zwischen einem rechten, eher bürgerlich-konservativen und einem linken reformerischen Flügel, zu dem Männer wie Herriot, Mendès-France und Servan-Schreiber gehörten, die aber auch nie Marxisten oder gar Kommunisten waren. Das Gros der radikalen Parteien hat in Frankreich und der Schweiz längst seinen Frieden mit dem Status quo einer bürgerlichen Demokratie und eines sozial temperierten Kapitalismus gemacht. Im Verlauf der „Verbürgerlichung“ der Arbeiterparteien näherten sich jedoch sogar Parteien mit marxistisch-proletarischer Tradition wie die SPD der Programmatik der Radikalsozialisten an — das Godesberger Programm mit seinem Bekenntnis zum Privateigentum an den Produktionsmitteln und zum Wettbewerb hätte eigentlich auch von einer „radikalen“ Partei stammen können.

Setzt sich das Godesberger Programm nicht ausdrücklich mit dem Radikalismus der verschiedenen Spielarten auseinander, so hat dieser doch schon früh Sozialisten beschäftigt. Bereits 1844 hat Marx ³⁾ in seiner „Einleitung — Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ erklärt: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein, ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Der evidente Beweis für den

Radikalismus der deutschen Theorie, also für ihre praktische Energie ist ihr Ausgang von der entschiedenen positiven Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann, als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!“

Trotz dieses Bekenntnisses zur methodisch-philosophischen Erscheinungsform des Radikalismus — in diesem Sinne waren und blieben Marx und Engels stets „Radikale“ — lassen sie keinen Zweifel daran, daß sich politisch ihre „Partei“ von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Radikalen abgrenzen muß. Im Kommunistischen Manifest von 1848 lautet die entsprechende Äußerung, die die „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“ verdeutlichen soll, wie folgt: „In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Überlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten. In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinn, teils aus radikalen Bourgeois.“ ⁴⁾

Ganz anders verhielt sich der „orthodoxe“ Marxist Lenin zum Radikalismus. Nachdem er jahrelang erbittert gegen die „rechten“ Revisionisten und Zentristen gekämpft hatte, schlug er nach der Machtübernahme in Rußland ähnlich wild auf seine „linken“ Kritiker ein. Diese bildeten einen recht heterogenen Haufen — ihre Kritik reichte von der Opposition gegen Zugeständnisse an die Sozialdemokratie und Bündnisse mit dieser bis zur Bloßstellung der Diktatur der kommunistischen Führer in Partei und Räten, in Gewerkschaft und Betrieb. Gemeinsam war ihnen allen die totale Ablehnung jeder Art von Kompromiß. Gegen alle diese „Abweichler“ publizierte Lenin im Jahre 1920 die Grundzüge seiner Strategie und Taktik in der bekannten Schrift: „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“. Nimmt man diese Pu-

³⁾ Hier zitiert nach K. Marx/F. Engels, Staatstheorie (ed. Eike Hennig u. a.), Frankfurt-Berlin-Wien 1974, S. 101 f.

⁴⁾ Hier zitiert nach K. Marx und F. Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Berlin-Ost 1951, S. 53.

blikation heute nach über fünfzig Jahren zur Hand, so ist man etwas verwundert, mit welcher Offenheit und Unbedenklichkeit Lenin seinen Standpunkt eines Realpolitikers darlegt. Er proklamiert *urbi et orbi*, daß ihm alle politischen und organisatorischen Mittel recht sind, die den Erfolg seiner Partei garantieren, unter deren Führung die Massen „aus dem Reich der Notwendigkeit in das der Freiheit“ (Engels) gelangen werden. Die Gegner auf der Linken vertreten dagegen angeblich nichts als einen „kleinbürgerlichen, halbanarchistischen (oder zum Liebäugeln mit dem Anarchismus neigenden) Revolutionarismus“, sie halten sich für besonders „revolutionär“ oder „linksradikal“, da sie alle Konzessionen und Kompromisse ablehnen, während sie für Lenin nichts als verkappte Doktrinaristen sind. Hören wir das Fazit, das Lenin zieht ⁵⁾: „Die Kommunisten müssen alle Kräfte anspannen, um die Arbeiterbewegung und die gesellschaftliche Entwicklung überhaupt auf dem geradesten und raschesten Wege zum Sieg der Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt zu führen. Das ist eine unbestreitbare Wahrheit. Aber man braucht nur einen ganz kleinen Schritt weiter — scheinbar einen Schritt in derselben Richtung — zu tun, und die Wahrheit verwandelt sich in einen Irrtum. Man braucht nur wie die deutschen und englischen linken Kommunisten zu sagen, daß wir nur einen einzigen Weg, nur den geraden Weg anerkennen, daß wir kein Lavieren, kein Paktieren, keine Kompromisse zulassen — und das wird bereits ein Fehler sein, der dem Kommunismus ernstesten Schaden zufügen kann, zum Teil schon zugefügt hat und noch zufügen

III.

Kann man heute — ein halbes Jahrhundert nach dem Tode Lenins und zwei Jahrzehnte nach dem Ende Stalins — den leninistischen Kommunismus überhaupt noch als radikal qualifizieren? Hiergegen spricht, daß in allen kommunistisch beherrschten Staaten die Entwicklung seit Jahr und Tag von der radikalen Utopie weg zu einer neo-konservativen Ideologie verlaufen ist und noch weiter verläuft. Erinnert der stalinistische Terrorismus an Orwells Gegenutopie, so ähnelt die Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte eher der westlichen „entideologisierten“ Ideologie der neo-konservativen Konsumentendemokratie als

wird. Der rechte Doktrinarismus hat sich darauf versteift, einzig und allein die alten Formen anzuerkennen, und hat völlig Bankrott gemacht, weil er den neuen Inhalt nicht bemerkte. Der linke Doktrinarismus versteift sich darauf, bestimmte alte Formen unbedingt abzulehnen, weil er nicht sieht, daß der neue Inhalt sich durch alle nur denkbaren Formen Bahn bricht, daß es unsere Pflicht als Kommunisten ist, alle Formen zu meistern und es zu lernen, mit maximaler Schnelligkeit eine Form durch die andere zu ergänzen, eine Form durch die andere zu ersetzen, unsere Taktik einer jeden solchen Änderung anzupassen, die nicht durch unsere Klasse oder nicht durch unsere Anstrengungen hervorgehoben worden ist. — Die Weltrevolution ist durch die Schrecken, Gemeinheiten und Scheußlichkeiten des imperialistischen Weltkriegs, durch die Ausweglosigkeit der von ihm geschaffenen Lage so mächtig vorwärtsgetrieben und beschleunigt worden, diese Revolution entwickelt sich mit einer so großartigen Schnelligkeit, mit einem so wunderbaren Reichtum an wechselnden Formen in die Breite und Tiefe, sie widerlegt in der Praxis so lehrreich jedweden Doktrinarismus, daß wir allen Grund haben, auf eine rasche und vollständige Heilung der internationalen kommunistischen Bewegung von der Kinderkrankheit des ‚linken‘ Kommunismus zu hoffen.“ In Parenthese sei vermerkt: Lenin gebraucht Ausdrücke wie links oder radikal stets in Anführungszeichen. So will er wohl andeuten, daß seine Gegner in Wirklichkeit Pseudoradikale und falsche Linke (oder auch „ultralinke“) sind, dagegen er und seine Bolschewiki *echte* Radikale und *wahre* Linke.

der ursprünglichen radikalen Utopie. Damit vertieft sich aber die Kluft zwischen einem technischen Pragmatismus des Alltags und einem ideologischen Dogmatismus für den Sonntag. Die technisch-industrielle Revolution, die aus dem unterentwickelten Zarenreich die zweite industrielle Weltmacht mit ihrer Verheißung des höheren Lebensstandards gemacht hat, fasziniert so, daß der Abbau der vorhandenen, relativ starren Herrschaftsinstitutionen in eine immer fernere Zukunft verlegt wird. Die bestehenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen erfahren demgemäß eine ideologische Legitimierung auch durch das Dogma, daß die technische Entwicklung sie schon eines Tages automatisch überflüssig machen wird, voraus-

⁵⁾ Hier zitiert nach W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. III, Berlin-Ost 1965, S. 471 f.

gesetzt, daß die Führung stets in den Händen der Partei bleibt.

Niemand anders als Thomas Mann⁶⁾, der Autor des nicht zu Unrecht oft zitierten Ausspruches vom Antikommunismus als der großen Torheit unseres Jahrhunderts, hat schon vor einem Vierteljahrhundert die Entrevolutionierung und „Klerikalisierung“ des orthodoxen Kommunismus glänzend charakterisiert:

„Der heilige Schrecken, die neue Kirche, der neue universelle Bindung bietende Glaube, welcher zu all seinen anderen Verheißungen Befreiung von der Freiheit verheißt, ist gefunden: Das byzantinische Rußland, wo es bürgerliche Demokratie nie gegeben hat und Despotie gewohnte Lebensluft ist, schuf ihn; auf dem Grunde einer durchaus nicht östlichen, sondern der Entwicklung des westlichen Industrialismus entstammenden pan-ökonomischen Welterklärung und Heilslehre von bedingtem Wahrheitsgehalt errichtete es seine rechtgläubige, angeblich allein seligmachende Kirche mit heiligen Büchern, einem sakrosankten Dogmengebäude und allem Zubehör. Da sie zugleich Staat ist, diese Kirche, so treibt sie Machtpolitik — wen wundert es? Welteroberung ist ein uralter Traum, und jeder Glaube will die Welt erobern — auf die Gefahr hin, daß er dabei zum bloßen Mittel der Welteroberung wird.

Ich möchte keinen Zweifel lassen an meiner Ehrerbietung vor dem meiner Zeit angehörigen historischen Ereignis der Russischen Revolution. Sie hat in ihrem Lande längst unmöglich gewordene, anachronistische Zustände beendet, ein zu 90 Prozent analphabetisches Volk intellektuell gehoben, das Lebensniveau seiner Massen unendlich menschlicher gestaltet. Sie ist die große soziale Revolution nach der politischen von 1789 und wird wie diese ihre Spuren zurücklassen in allem menschlichen Zusammenleben. Wenn nichts anderes mir Achtung für sie geböte, so wäre es ihre unveränderliche Gegenstellung zum Faschismus italienischer oder deutscher Färbung, — dieser rein reaktiven und läppischen Nachäffung des Bolschewismus, einer Afterrevolution ohne jede Beziehung zur Idee der Menschheit und ihrer Zukunft. Eine solche Beziehung wird niemand der großen Russischen Revolution abstreiten. Was ihr das tragische Gepräge verleiht, ist, daß sie sich eben in Rußland vollzog und das spezifische Signum russischen Schicksals und Charakters trägt. Durch lange Jahrzehnte haben in dem ungeheuren Lande Autokratie und Revolution

einen erbarmungslosen Kampf gegeneinander geführt, einen Kampf mit allen Mitteln — es gab keinen Terror, den sie verschmähten. In diesem Kampf waren die Sympathien der Demokratie, auch der amerikanischen, stets auf seiten der Revolution; denn von ihrem Siege erwartete man ein freies Rußland, frei im Sinne der Demokratie. Das Resultat war anders, es war russisch. Autokratie und Revolution haben, im Ergebnis, einander gefunden, und was uns vor Augen steht, ist die autokratische Revolution, die Revolution im byzantinischen Kleide und als Welterlösungsanspruch, welcher dem westlichen Anspruch auf Weltgewinnung und geistiger wie materieller Weltherrschaft in einem historischen Wettstreit größten Stils gegenübersteht.“

Was nun die kommunistischen Parteien des Westens anlangt, so folgen nach wie vor viele kommunistische Parteien noch recht unkritisch der Führung des Kreml. Bei den kleineren Parteien spielt dabei sicher die organisatorisch-finanzielle Abhängigkeit eine große Rolle; aber auch größeren Parteien wie der italienischen, die nach Selbständigkeit streben, fällt es außerordentlich schwer, wirklich eigenständig zu operieren, da gerade ihre Anhänger sich allzu lange daran gewöhnt hatten, die Mißerfolge im eigenen Lande durch den Glauben an die Allmacht, Allgüte und Allweisheit der fernen Sowjetunion zu kompensieren. Die Sowjetunion bleibt für sie immer noch das Paradies; ihre Führer sind die Götter, die ihnen den Weg zur Seligkeit ebnen helfen müssen. Immerhin kann man bei einigen Parteien wie der italienischen oder spanischen, der norwegischen oder schwedischen im Zeichen der Entstalinisierung Anzeichen einer Neuorientierung feststellen. Diese beruht sicherlich nicht zuletzt wohl auch auf den schlechten Erfahrungen, die die Kommunisten nach 1945 mit einer Strategie der Gewalttätigkeit nach dem Vorbild der bolschewistischen Revolution machen mußten. Denn wo ist es den Kommunisten überhaupt gelungen, mittels eines gewaltsamen Umsturzes an die Macht zu gelangen? Vielleicht in Asien; aber dort operierten die kommunistischen Parteien, die zudem alles andere als legale proletarische Massenparteien waren, in einem ausgesprochen vorindustriellen Gesellschaftsmilieu. Auch Kuba war alles andere als eine Industriedemokratie. Zudem hatte die KP hier nichts unternommen, um der Revolution zum Erfolg zu verhelfen — diese war das Werk des Individualisten Fidel Castro und seiner kleinen intellektuellen Freischar. Sogar in Osteuropa wären die Kommunisten möglicherweise 1945 dem Kampf um die Macht

⁶⁾ Meine Zeit 1875—1950, S. Fischer Verlag, Amsterdam 1950, S. 29 ff.

ausgewichen oder wären unterlegen, wären diese Gebiete nicht in die Interessensphäre Moskaus einbezogen und von den Sowjetarmeen besetzt worden. Abgesehen von Jugoslawien und Albanien erlebte sogar Osteuropa nicht so sehr eine echte Revolution der je nationalen kommunistischen Parteien aus eigener Kraft, als vielmehr eine mehr oder weniger versteckte Annexion durch die Sowjetunion. Auch deuteten bereits damals Österreich und Finnland darauf hin, wie gering die Chancen der Kommunisten überall dort waren, wo sie sich nicht auf die Bajonette der Roten Armee stützen konnten.

Die weitgehende „Domestizierung“ der kommunistischen Bewegung in Westeuropa scheint angesichts des noch immer stark betonten Gegensatzes des Kommunismus zur Sozialdemokratie, vor allem aber auch im Hinblick auf die Gebrechen der spätbürgerlichen Gesellschaft, ein größeres Rätsel aufzugeben als die Integrierung der Sozialdemokratie von 1914 in den damals blühenden Hochkapitalismus. Die heutige Anfälligkeit des Kommunismus gegenüber dem bürgerlichen Milieu, in dem er operiert, dürfte sich zum Teil so erklären, daß im Westen immer noch objektiv fortschrittlich-sozialistische Tendenzen spürbar sind, so schwach die entsprechenden Kräfte und Gruppen auch zur Zeit sein mögen. Deutet man den Kommunismus in der westlichen Welt sozusagen als „Transmissionsriemen“ zwischen Kapitalismus und Bolschewismus, so verläuft die Bewegung je nach Vitalität des jeweiligen Systems mehr in der einen oder anderen Richtung. Während der unmittelbaren Nachkriegskrise tendierten die kommunistischen Parteien daher stärker dazu, östliches Gedankengut nach dem Westen „einzuschleusen“. Heute, da der westliche Kapitalismus noch immer einigermaßen stabil zu sein scheint, wirken dieselben Parteien eher als „Bazillenträger“ für die „Infiltrierung“ westlichen Gedankengutes in den Osten.

Diese Doppelrolle vermögen die kommunistischen Parteien um so eher zu spielen, als sie von jeher eine zwiespältige Charaktermaske trugen: Mit ideologisch-regressiv-totalitären Zügen vermischten sich stets utopisch-revolutionär-radikale Aspekte. Dies hat bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Richard Löwenthal⁷⁾ richtig hervorgehoben: „Die entscheidende Energiequelle der kommunistischen Kader ist heute mehr als je

der Glaube an die Erlösungsbedeutung der russischen Revolution und des aus ihr hervorgegangenen Sowjetstaates für die Proletarier aller Länder. Doch dieser Glaube hat für verschiedene Typen von Kommunisten zwei ganz verschiedene Bedeutungen. ... Die eine große Kraftquelle der kommunistischen Bewegung ist also der antifaschistische Kampf und die fortgesetzte Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den antidemokratischen Verteidigern des monopolkapitalistischen Eigentums. Soweit die Kommunisten aus dieser Lage Kraft ziehen, gewinnen sie sie in den Reihen der Arbeiterbewegung und mit Argumenten, die nicht spezifisch kommunistisch, sondern im traditionellen Sinne revolutionär-sozialistisch sind. ... Die andere Form, in der die europäische Krise von heute die Kommunisten stärkt, ist genau die entgegengesetzte: Die Existenz einer großen Anzahl von Bewunderern der Diktatur als solcher, die durch die Niederlage des Faschismus politisch heimatlos geworden sind.“ Der Doppelcharakter sei auch Ausdruck „des Glaubens an die Sowjetunion, mit der sie in ihrer Politik und im Bewußtsein der Massen identifiziert sind: Als Glauben an die Revolution der arbeitenden Volksmassen gegen die Ausbeuter auf der einen Seite, als Glaube an die Großmacht der totalitären Diktatur und der bürokratischen Planung auf der anderen Seite. Als Organisation des revolutionären antifaschistischen Kampfes sind die Kommunisten ein Bestandteil der Arbeiterbewegung, und zwar ein militanter und darum oft höchst wertvoller Bestandteil. Als Organisation der Erziehung zur Verachtung der Demokratie, zum Glauben an die Autorität, zur Benutzung wechselnder demagogischer Mittel für gleichbleibende russische Staatsziele sind sie ein Fremdkörper in der Arbeiterbewegung, und zwar in manchen kritischen Situationen ein zersetzender und vergiftender Fremdkörper.“

Welche dieser beiden Seiten überwiegt, hängt nun jeweils nicht nur von der historischen Situation, sondern auch vom Milieu und der durch dieses mitbestimmten Funktion ab. So konnten die kommunistischen Bewegungen in unterentwickelten Gesellschaften stets stärker als Triebkräfte technisch-industrieller Modernisierung wirken, während sie im industriell entwickelten Westen auch Produkte der Dekadenz der Gesellschaft waren. Solange sie nun leninistische oder gar stalinistische Ziele und Methoden kopierten, stärkten sie hier die reaktionär-nihilistischen Kräfte und Tendenzen, waren sie in der Tat in einem Prozeß der „Faschisierung“ begriffen.

⁷⁾ Paul Sering (Pseudonym für Löwenthal), *Jenseits des Kapitalismus*, Lauf bei Nürnberg 1946, S. 242 ff.

Verweilen wir kurz bei den wesentlichen Unterschieden zwischen Kommunismus und Faschismus: Selbst der russifizierteste Kommunismus — der Bolschewismus als Leninismus und Stalinismus — konnte die Utopie einer besseren Zukunft nicht total zerstören. Alles, was sich etwa seit 1917 in Rußland zugetragen hat, geschah ja im Zeichen der marxischen utopischen Vision. Die Schreckensmaßnahmen Stalins wurden unter der Berufung auf die „Klassiker“ Marx, Engels und Lenin gerechtfertigt. Möglicherweise wäre ein anderes Regime, das sich nicht so sehr auf eine utopische Lehre berufen hätte, nicht weniger terroristisch gewesen — man denke etwa an den Nationalsozialismus, dessen Archaismus ja Welten von der Utopie trennten. Der Stalinismus war aber nun einmal, um Arthur Koestler zu zitieren, eine „verratene Utopie“, wobei die Enttäuschung über das Scheitern der großen Vision, vor allem aber der Versuch, das Versagen vor sich selber und den anderen (vor allem auch den Kritikern im eigenen Lager) zu verbergen, mit dazu beigetragen haben mögen, den Terror besonders infam und die Täuschung ungewöhnlich perfid zu machen. Insofern aber die neuen Machtträger (nach Toynbee immer noch Futuristen!) doch nicht einfach auf die Utopie verzichten wollen oder können, muß diese ihnen nun sogar zusätzlich zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Machtpolitik dienen. So nimmt in der Tat der „Gott, der keiner war“, die Züge

Luzifers an, verwandelt sich die Zukunft der Utopie in die Gegenwart einer „Satanokratie“, wird die Theodizee der Utopie zur „Satanologie“.

Trotzdem bleibt, fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt und pervertiert, eine andere Komponente erhalten. Einen letzten Überrest an Humanum vermag selbst ein Stalin nicht zu vernichten. Wie ließe sich sonst die noch so bescheidene Entstalinisierung nach dem Tode des Tyrannen, vor allem aber auch ein „Prager Frühling“ erklären? Der Nationalsozialismus war dagegen nie ein gefallener Engel; er verkörperte immer nur das Böse schlechthin, bedeutete den endgültigen Ausbruch aus der Geschichte der Humanität. Mit der Formel „Destruction arrayed“ hat Arthur Koestler den totalen Nihilismus und Atavismus, Irrationalismus und Extremismus von Nationalsozialismus und Faschismus angedeutet. Gegensätze wie Toynbees Futurismus und Archaismus, Koestlers „Utopia betrayed“ und „Destruction arrayed“ sagen Wichtiges zur Differenz von kommunistischem Links- und faschistischem Rechts-Extremismus aus. Aber auch Thomas Mann⁸⁾ hat den letzteren wohl richtig eingeschätzt, wenn er dem Nationalsozialisten Blunck entgegenhielt, gerade Schriftsteller und Dichter sollten wissen, „daß zwar das Leben sich allerlei gefallen läßt, daß aber das ganz und gar Unsittliche nicht vor ihm besteht“.

V.

Wie Horkheimer angedeutet hatte, impliziere Radikalität im guten Sinne, ein Ziel mit allen möglichen Mitteln um der Sache willen verwirklichen zu wollen. Die Zielgerichtetheit würden wir im Sinne einer besseren, das heißt menschlicheren und menschenwürdigeren Zukunft deuten, die Sachlichkeit und Möglichkeit der Mittel im Sinne einer dialektischen Interdependenz und Wechselwirkung von Mittel und Ziel. Radikal in diesem Sinne wäre dann die Linke, die den Status quo bis in seine Wurzeln in Frage stellt und der schlechten Vergangenheit und Gegenwart eine bessere Zukunft gegenüberstellt. Das geschieht zunächst einmal in Form der Utopie. Um L. Kolakowski⁹⁾ zu zitieren: „Eine Utopie zu konstruieren, heißt immer die vorgefunde-

ne Wirklichkeit verneinen, ihre Umwandlung wünschen ... Aber eine negierende Haltung an sich ist nur der Gegensatz zu einer konservativen Haltung der Welt gegenüber, denn die Negierung an sich ist nur das Streben nach Veränderung ... Die Linke ist — und das ist ihre unveränderliche und unerläßliche, wenn auch ungenügende Eigenschaft — eine Bewegung, welche die vorgefundene Welt negiert. — Eine Linke, die kein konstruktives Programm besitzt, könnte auch keine Negierung sein, denn diese beiden Ausdrücke bedeuten das gleiche. Der Mangel an Programm ist gleichzeitig ein Mangel an Negierung, das heißt das Gegenteil von Linkssein, das heißt Konservatismus“ — oder könnten wir mit Karl Mannheim sagen: Ideologie. Mannheim¹⁰⁾ unterscheidet ja zwischen ideologi-

⁸⁾ Brief vom 22. 7. 1946, hier zitiert nach dem Vorabdruck in der ZEIT vom 20. 9. 1963, S. 9 f.

⁹⁾ Der Mensch ohne Alternative, München 1960, S. 143 f.

¹⁰⁾ Ideologie und Utopie, 3. Aufl., Frankfurt 1952, S. 115 ff.

schem und utopischem Bewußtsein. Geistige Konstruktionen können zwei Formen annehmen: „Sie sind ‚ideologisch‘, wenn sie der Absicht dienen, die bestehende soziale Wirklichkeit zu verklären oder zu stabilisieren; ‚utopisch‘, wenn sie kollektive Aktivität hervorrufen, die die Wirklichkeit so zu ändern sucht, daß sie mit ihren die Realität übersteigenden Zielen übereinstimmt.“ Während die herrschende Gruppe allmählich zu rationalistischen Haltungen vordringt, indem sie die ursprünglich allen gemeinsamen symbolischen Surrogate in Instrumente, die bewußt zur Stütze ihrer Autorität genutzt werden können, verwandelt, sie „also in die Schutzfarbe der Ideologie hüllt, formen die Massen oft aus dem gleichen Grundstoff eine Utopie, die den Status quo durchbricht“. Insofern wird also Utopie „als Bewußtsein aufstrebender, das heißt beherrscher und sich von Herrschaft befreiender Klassen, Ideologie als das Bewußtsein herrschender Klassen bestimmt“.

Will die Ideologie den Status quo konservieren, so will die Utopie ihn transzendieren. Die Ideologie ist daher stets stark vergangenheitsgeprägt, die Utopie zukunftsgerichtet. Beide Begriffe sind zugleich Kampfbegriffe, die den Gegner entlarven wollen: „Den Begriff des Utopischen bestimmt stets die herrschende, mit einer bestehenden Seinsordnung sich in unproblematischer Deckung befindende Schicht; den Begriff des Ideologischen bestimmt stets die aufstrebende, zur bestehenden Seinswirklichkeit sich in existenzieller Spannung befindende Schicht.“ Insofern diese Schicht die Zukunft gestaltet, ist es möglich, daß die Utopien von heute zu den Wirklichkeiten von morgen werden können. „Les Utopies ne sont souvent que des vérités prématurées“ (Lamartine).“¹¹⁾

Nun war es gerade Mannheim¹²⁾, der bei aller Zukunftsoffenheit auf die Grenzen der Zukunftserkenntnis aufmerksam gemacht hat. Etwas mit totaler Sicherheit vorausszusagen, „wäre Prophetie ... jede Prophetie verwandelt aber Geschichte zwangsläufig in reine Determination und beraubt uns dadurch der Möglichkeit zur Wahl und zur Entscheidung, und es erstirbt daran der abwägende suchende Instinkt im Hinblick auf die stets sich neu gestaltende Möglichkeit. Denn die Form, in der die Zukunft allein sich gibt, ist die der Möglichkeit, das Soll aber ist die adäquate Zuwendung zu ihr.“

Bei der Beantwortung der Frage nach der Möglichkeit unterscheidet sich nun aber der

¹¹⁾ Ebenda, S. 177.

¹²⁾ Ebenda, S. 223.

Radikale sowohl vom Konservativen wie auch vom Extremisten. Für den Konservativen ist die Möglichkeit von morgen kaum verschieden von der Wirklichkeit von gestern und heute. Er mag quantitative Veränderungen hinnehmen. Im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution findet sich der Konservative schließlich auch damit ab, die technische Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen; ja, sie wird nun gelegentlich sogar verherrlicht, soll sie doch dazu dienen, die Probleme von morgen zu lösen, ohne daß die überlieferten sozio-kulturellen Verhaltensweisen und Institutionen grundsätzlich verändert werden.

Robert Jungk¹³⁾ spricht in diesem Zusammenhang von einem „Zeitgefängnis“, „in das wir eingesperrt sind. Es verhindert den Einbruch und den Ausbruch radikal neuer Ideen, es verengt den Horizont und mag schuld daran sein, daß wir die Zukunft fast immer nur als eine ins Überdimensionale vergrößerte Gegenwart sehen können. So wenig wie sich ein mittelalterlicher Mensch eine Welt hätte vorstellen können, in der die Kirchen und Klöster nur noch eine Nebenrolle spielen, so sind wir kaum imstande, uns die Welt kommender Jahrhunderte ohne Laboratorien und Fabriken auszumalen.“ Hiergegen appelliert Jungk vor allem an die schöpferische Phantasie. Mit neuen kreativen Methoden sollten wir Zukunftsentwicklungen freilegen, die jenseits des angeblich Möglichen liegen. Die intuitive Vorausschau, die zur suchenden und zielsetzenden Vorausschau hinzukommen muß, bedient sich sowohl des Wissens wie der Phantasie, „um auch Überraschendes, im Grunde kaum logisch Vorhersehbares, in die Prognose einbeziehen zu können“.

Der Radikale wird also vor dem, was üblicherweise als unmöglich gegolten hat oder noch gilt, nicht bedingungslos haltmachen. Er wird auch das angeblich oder auch zur Zeit noch wirklich Unmögliche in seine Reflexionen und Aktionen einbegreifen. Dies hat schon Max Weber¹⁴⁾ deutlich erkannt, als er einmal gesagt hat: „... alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreicht hätte, wenn nicht immer wieder nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muß ein Führer, und nicht nur das, sondern auch — in einem sehr schlichten Wortsinn — ein Held

¹³⁾ Von der Intoleranz gegen das Neue, in: Chr. Fenner u. B. Blanke (Hg.), Systemwandel und Demokratisierung — Festschrift für Ossip K. Flechtheim, Frankfurt—Köln 1975, S. 56 ff.

¹⁴⁾ Politik als Beruf, in: Gesammelte politische Schriften, München 1921, S. 450.

sein.“ Auch Karl Liebknecht¹⁵⁾ hat ähnlich argumentiert: „Die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich hiernach auf der Linie des Kompromisses, unter scheinbarer Führung von Kompromißfaktoren. Oft wird daraus gefolgert: der Radikalismus sei sinnlos, wirkungslos, eine zwecklose Kraftvergeudung. Aber weit gefehlt! ... Wer die Entwicklung jeden Augenblick bis zur Realisierung der äußersten Möglichkeit zu treiben bestrebt ist, muß sich anders verhalten. Er muß Ziel und Richtung seiner Politik weit jenseits noch der äußersten praktischen Möglichkeit nehmen. Das äußerste Mögliche ist nur erreichbar durch das Greifen nach dem Unmöglichen. Die verwirklichte Möglichkeit ist die Resultante aus erstrebten Unmöglichkeiten. Das objektiv Unmögliche wollen, bedeutet also nicht sinnlose Phantasterei und Verblendung, sondern praktische Politik im tiefsten Sinne. Die Unmöglichkeit der Verwirklichung eines politischen Ziels aufzeigen heißt mitnichten seine Unsinnigkeit beweisen, höchstens die Einsichtslosigkeit der Kritiker in die gesellschaftlichen Bewegungsgesetze, besonders in die Gesetze der gesellschaftlichen Willensbildung. Die eigentlichste und stärkste Politik, das ist die Kunst des Unmöglichen.“

Nun wird aber der Radikale — und darin unterscheidet er sich vom Extremisten! — versuchen, so weit wie nur irgend möglich das Unmögliche auch als solches, zu erkennen und auszusprechen. Auch dort, wo er noch das Unmögliche anvisiert, wird er vor der Illusion warnen, dieses Unmögliche für das schon Vorhandene oder ohne weiteres leicht zu Verwirklichende zu halten oder auszugeben. Hier stoßen wir auf eine ähnliche Scheidelinie wie die zwischen der subjektiven Illusion und der konkreten oder realen Utopie.

Das Verhältnis von Utopie und Ideologie steht auch im Mittelpunkt des Interesses einer radikalen Futurologie. In dieser sehen wir einen Versuch, über den total verabsolutierten Gegensatz von Möglichem und Unmöglichem, von Vergangenheit und Zukunft, von Ideologie und Utopie hinauszugehen, diese Gegensätze im Sinne von Hegel „aufzuheben“, wobei der Unmöglichkeit gegenüber der Möglichkeit, der Zukunft gegenüber der Vergangenheit, der Utopie gegenüber der Ideologie, das heißt aber auch den Unterdrückten gegenüber den Unterdrückern, den beherrschten Massen gegenüber den herrschenden Eliten, der „Linken“ gegenüber den „Rechten“ ein *relativer* Vorrang einzuräumen ist. Das

¹⁵⁾ Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung (ed. O. K. Flechtheim), Hamburg 1974, S. 277 f.

folgt letztlich aus dem unterschiedlichen Stellenwert, den Vergangenheit und Zukunft für den Menschen haben, wie das bereits Kant¹⁶⁾ gesehen hat, als er andeutete, Hoffnung und Zukunft wägen schwerer und die Waage sei doch nicht ganz unparteiisch. Nur die Zukunft ist ja der Ort, wo der Mensch versuchen kann, die Herrschaft der „Unwerte“ — Unfriede und Ungerechtigkeit, Unfreiheit und Unwahrheit — und der sich mit diesen identifizierenden Mächte abzubauen und die der „Grundwerte“ — Friede und Gerechtigkeit, Freiheit und vor allem Wahrheit — zu stärken, das heißt dem Leben zu einem, wenn auch noch so prekären und ephemären Triumph über den Tod — nach Ernst Bloch¹⁷⁾ „der stärksten Nicht-Utopie“ — zu verhelfen.

Im Gegensatz zum Extremismus bleibt aber der humane und demokratische Radikalismus auch in seiner sozialistischen Spielart sich stets dessen bewußt, daß es zwar nötig sein mag, an die Stelle der bestehenden Gesellschaftsordnung eine radikal neue zu setzen, daß aber auch diese neue Gesellschaft nur in einigen wichtigen Aspekten neu sein kann, in anderen dagegen der Tradition der Geschichte verhaftet bleiben muß. Die neue Gesellschaftsformation mag besser, humaner, demokratischer sein als die alte Ordnung — aber auch sie wird kein vollkommenes Reich der Freiheit und des Glückes sein. Während der Extremist an einen absoluten und totalen Bruch zwischen allen Klassengesellschaften der Vergangenheit und der klassen- und herrschaftslosen Gesellschaft der Zukunft glaubt, die daher auch mit allen Mitteln erkämpft werden muß — ohne Rücksicht auf die Kosten und ohne Ansehen der Opfer —, glaubt der selbstkritisch-rationale Radikale, daß auch die bessere Gesellschaft von morgen immer noch im Zeichen letzter menschlicher Unzulänglichkeit und natürlicher Begrenztheit stehen wird. Hunger und Elend, Ausbeutung und Unterdrückung mögen nicht ewig mit dem Menschen sein — nichts spricht aber dafür, daß alle Erscheinungsformen von Ungleichheit und Unfreiheit, von Unglück und Vergänglichkeit abgeschafft werden könnten. „... der Welt- und Menschengeschichte gleich, enthüllt das letzte aufgelöste Problem immer wieder ein neues aufzulösendes“, lautet eine beherzigenswerte Einsicht Goethes.

¹⁶⁾ Träume eines Geistersehers, hier zitiert nach E. Bloch, Antizipierte Realität — wie geschieht und was leistet utopisches Denken?, in: Universitätstage 1965 der Freien Universität Berlin, Wissenschaft und Planung, Berlin 1965, S. 14 f.

¹⁷⁾ Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main 1959, S. 1297 ff.

Ernst Bloch¹⁸⁾ hat an die Dialektik von Weg und Ziel erinnert. Beide sind „in einer so guten wie reinen Montage von Etappe und Ziel zu vereinen: einer Montage von Liberalität — ohne schlechtes ‚Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben‘ — und ‚Invarianz‘ der Richtung und ihres allemal kritischen Maßes, also eines utopischen Totums ohne alle Leben vernichtende, gerade auch Utopie vernichtende Totalität“ — was auch heißt, daß die Frage, wie Reform oder gar Revolution wo und wann politisch praktikabel ist, nur auf Grund einer

VI.

Gerade hierin unterscheidet sich der Radikalismus vom rechten wie vom linken Extremismus. Dieser ist seinem Wesen nach extrem, illusionär und realitätsblind, subjektivistisch und dogmatisch, aber auch elitär und autoritär. So treibt ihn sein „falscher Maximalismus“ (Yaak Karsunke^{18a)}) um der Realisierung des absolut gesetzten Ideals willen immer wieder zu Terror und Täuschung. Damit nähert er sich aber wiederum durchaus der äußersten Rechten an. Der linke, revolutionäre Utopist und Illusionist verkennt die Grenzen politischen und gesellschaftlichen Handelns wie die menschlichen Schwächen seiner eigenen Gruppe so sehr, daß er immer wieder Reaktionen und Niederlagen provoziert. Und selbst dort, wo er einmal ausnahmsweise zu siegen scheint, ist sein äußerer Triumph identisch mit der furchtbarsten inneren Niederlage. Hinter der Maske der Revolution triumphiert die schleichende Gegenrevolution, übernehmen die neuen Machthaber die Haltungen und Gewohnheiten der gestürzten Herrn, ersticken die entmenschten Institutionen den humanen Geist.

Insofern — freilich auch nur insofern! — hat die „Mitte“ recht gegenüber den Extremen (nicht „Radikalen“!) von rechts wie auch von links, wenn sie schon seit Aristoteles an den Vorrang der kühlen Überlegung gegenüber der blinden Emotion, der rationalen Hypothese gegenüber der dogmatischen These, des nüchternen Kompromisses gegenüber dem wilden Vernichtungskampf erinnert. Diese Momente sind in die Konzeption einer radikalen Futurologie einzubauen, die somit als solche einer „linken Mitte“ oder besser „gemäßigten Linken“ skizziert werden kann. In dieser Richtung dachten auch wohl Karl Mann-

konkreten Analyse der jeweiligen Konstellation zu beantworten ist.

So kommt man zu der paradoxen Feststellung: Je radikaler die Politik auch in der Zielsetzung sein kann und wohl immer mehr sein muß, um so humaner müßten die Mittel sein. Auch aus dieser Sicht heraus werden heute Terror und Täuschung, Gewaltsamkeit und Krieg immer „unmöglicher“, während dynamischer Ausgleich und gewaltfreie Aktion nicht als verabsolutierte Ziele, wohl aber als Mittel einer radikalen Zielsetzung immer dringlicher werden.

heim¹⁹⁾ und Walter Dirks²⁰⁾, als jener von einer „Entscheidung zur dynamischen Mitte“, einer „Synthese vom jeweils möglichen umfassendsten und vorwärtstreibenden Standort aus“ sprach, während Walter Dirks unterstrich, daß die „Mitte als Ausgleich jeweils ein Ergebnis sein kann, nicht aber ein Ziel, auf das hin man vernünftig handeln kann“.

Vor einiger Zeit hat Peter Härtling²¹⁾ die SPD wieder vor der Verabsolutierung der Mitte gewarnt. Das Schlagwort Mitte stehe für Ruhe und Abwiegung, es markiere einen undeutlichen Konservatismus. Kein Zweifel einer solchen Mitte gegenüber wollen wir auf die Radikalität der Linken weder methodisch noch inhaltlich verzichten — am wenigsten in einer Epoche radikalsten Wandels und radikalster Bedrohung. Die sich zuspitzenden globalen Herausforderungen (Übervölkerung und Umweltzerstörung, Unterentwicklung in der Dritten Welt und Krisenanfälligkeit der überentwickelten Wirtschaften, Versagen des Territorialstaates nebst Rüstungswettkampf und der tradierten Familienstruktur nebst Persönlichkeitsverlust) verlangen nach radikalen Antworten. Heute mehr denn je müssen wir nach einem Dritten Weg suchen, der zwischen Konservatismus und Extremismus verlaufen müßte. Daß dieser Ausweg steil und steinig sein dürfte, ist kein Grund, auf ihn von vornherein zu verzichten. Es geht nur darum, die Hindernisse deutlich zu erkennen und zugleich den Mut zum Wagnis aufzubringen. Das wäre echter Radikalismus²²⁾.

¹⁹⁾ A. a. O., S. 165.

²⁰⁾ Die Christliche Demokratie in der Deutschen Bundesrepublik, zuerst erschienen in: Frankfurter Hefte, Jg. 8, 1953, S. 671 ff.; hier zitiert nach O. K. Flechthelm (Hg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 111.

²¹⁾ Und Ruhe darf es in der Politik nicht geben, in: Frankfurter Rundschau vom 23. 8. 1974, S. 4.

²²⁾ Vgl. hierzu jetzt auch Agnes Heller, Radikale Bewegung und radikale Utopie, in: Chr. Fenner u. B. Blanke (Hg.), a. a. O., S. 62 ff.

¹⁸⁾ Antizipierte Realität . . ., S. 13.

^{18a)} Reine Lehre, ideale Lösung, in: Frankfurter Rundschau vom 3. 8. 1974.

Kurt Sontheimer: Die Bundesrepublik aus der Perspektive linker Theorie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/76, S. 3—21

Dieser Beitrag untersucht die Veränderungen des politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, welche durch den Einbruch linker Theorie in das politische Denken dieses Staates bewirkt worden sind. Im Gegensatz zu dem früher bestehenden, relativ weitgehenden Konsensus hinsichtlich der geistigen und politischen Einschätzung der Bundesrepublik hat die seit 1967 virulente linke Theorie ein völlig anderes, extrem kritisches und negatives Bild der politischen und sozialen Verhältnisse der Bundesrepublik gezeichnet. Wie die Bundesrepublik in der Sicht ihrer marxistischen und neomarxistischen Theoretiker und Kritiker erscheint, wird hier im einzelnen gezeigt. Der erste Abschnitt gibt eine zusammenfassende Darstellung der linken Kritik an den politischen Institutionen, der zweite behandelt das Gesellschaftsverständnis und die auf die westdeutsche Gesellschaft bezogenen Analysen aus dem Umkreis linker Theorie. In einem dritten Teil werden schließlich die typischen Denk- und Interpretationsmuster linker Politik-Analyse vorgeführt.

Ossip K. Flechtheim: Extremismus und Radikalismus. Eine Kontraststudie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/76, S. 22—30

Echte Radikalität wird als dritter Weg zwischen Konservativismus und Extremismus gesehen. Vor allem wird aber Radikalismus abgegrenzt vom Extremismus sowohl kommunistischer wie faschistischer Prägung. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entstehung und Geschichte des Begriffs Radikalismus in Frankreich, England usw. wird dessen Zusammenhang mit der Utopie, wie sie Karl Mannheim versteht, und der Futurologie, wie sie der Verf. entwickelt hat, erörtert.